

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE



Schwerpunktthema:

› Umgang mit demokratieskeptischen Menschen

weitere Themen: ■ Stazzema: Vom Jugendaustausch zur Städtepartnerschaft

■ Der Widerstandskämpfer Adolfo Kaminsky



Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,

immer mehr Menschen in Deutschland haben in den vergangenen Wochen auf unterschiedlichsten Ebenen gezeigt, dass es ihnen Ernst ist mit dem Einsatz für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Sie haben verstanden, dass das Engagement jedes Einzelnen zählt, wenn demokratische Institutionen und Prozesse so unter Druck stehen wie heute. Das ist eine Entwicklung, die Mut macht.

Auch auf den verschiedenen Arbeitsebenen unseres Vereins werden die Anstrengungen weiter erhöht. Viele Regionale Arbeitsgruppen und die AG Ost bringen sich in Bündnisse auf lokaler oder regionaler Ebene ein, die Bildungsangebote der Geschäftsstelle sind so stark nachgefragt wie noch nie. Neue Projektanträge werden geschrieben. Und meine Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Vorstand und ich wirken einerseits über unsere Kontakte im Hintergrund, gehen aber andererseits auch verstärkt an die Öffentlichkeit.

Es ist gut, dass ein großer Teil der Bevölkerung sich nun sichtbar gegen Feinde von Demokratie und Rechtsstaat wendet. Doch damit ist es nicht getan. In größeren Bevölkerungsteilen herrscht eine elementare Unzufriedenheit. Das Vertrauen in die politischen Institutionen und in die Demokratie selbst geht besorgniserregend zurück. Unterschiedliche Studien, auf die in diesem Heft unter der Rubrik „Analyse und Meinung“ eingegangen wird, verdeutlichen dies.

Wir stehen vor der großen Herausforderung, dass etwas getan werden muss, um denjenigen demokratieskeptischen Menschen das Vertrauen zurückzugeben, die sich eigentlich in der Mitte der Gesellschaft verorten, aber aus Enttäuschung und aus verschiedenen berechtigten oder unberechtigten Ängsten heraus drohen, sich von der Demokratie ab- und „falschen Freunden“ zuzuwenden.

Diese Radikalisierungsprozesse gilt es zu verhindern. Andersherum: Wenn weitere Radikalisierung verhindert wird, wird antidemokratischen Kräften automatisch der Nährboden entzogen. Dieses Thema beleuchtet die vorliegende Ausgabe 117 unserer Zeitschrift.

Liebe Leserinnen und Leser, auch Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat mit steigendem Kostendruck zu kämpfen sowie mit der Notwendigkeit, die Kommunikation nach außen stetig zu modernisieren. Es stehen Veränderungen an. Darüber haben wir auf der Mitgliederversammlung Einigkeit erzielt.

Unser öffentliches Auftreten wird sich in diesem Jahr verändern: Unsere Homepage www.gegen-vergessen.de wird ein neues Gesicht bekommen, ein Podcast wird entwickelt. Wesentliche Informationen für Mitglieder und Interessierte sowie Hinweise zu unserer Arbeit werden künftig über Newsletter kommuniziert werden. Wir wollen – im Rahmen des finanziell Möglichen – auch weiterhin ein regelmäßiges Printprodukt anbieten, es wird sich jedoch deutlich von der bisherigen „Mitgliederzeitschrift“ unterscheiden. Zwei bis dreimal pro Jahr werden wir Ihnen eine Ausgabe zukommen lassen, die jeweils ein Schwerpunktthema beleuchtet.

Demokratie bedeutet stets auch Entwicklung. Aus eigenem Antrieb wie auch aus finanziellen Notwendigkeiten werden wir uns weiterentwickeln. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir hier gute Lösungen finden werden.

Bleiben Sie an unserer Seite!

Herzlich,

Ihr Andreas Voßkuhle

Wir suchen **Vorschläge für die Träger** der Preise „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und „Waltraud-Netzer-Jugendpreis“ 2024. Bis 30. April können Sie uns Ihren Favoriten oder Ihre Favoritin nennen. Ein entsprechendes Formular finden Sie auf www.gegen-vergessen.de

IMPRESSUM

Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn · IBAN DE45 3705 0198 0008 5517 07 · BIC COLSDE33XXX

Titelbild: Adobe Stock | # 279290803 | Valmedia

Redaktion: Liane Czeremin, Dr. Dennis Riffel, Beke Detlefsen, Adela Đulović, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)

Lektorat: Ines Eifler, Görlitz

Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden

Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH

Die Zeitschrift wird klimaneutral auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion oder des Vereins dar.

Die Redaktion überlässt die Entscheidung über eine Verwendung gendergerechter Sprache den Autorinnen und Autoren.

ISSN 2364-0251



Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

SCHWERPUNKTTHEMA

Demokratiskeptische Menschen als neue, wichtige Zielgruppe erkennen	4
„Die Köpfe dieser Partei wollen eine grundsätzliche Systemveränderung“	5
Interview: „Wir brauchen in der breiten gesellschaftlichen Mitte mehr politische Leidenschaft“	7
Interview: „Das Beste ist, Menschen zu beteiligen“	9
Best Practice: Das Format Debatten-Café Stimmungsbarometer	12
Auf Spurensuche in Strasburg (Uckermark)	13

WEITERE THEMEN

Vom Jugendaustausch zur Städtepartnerschaft	15
Adolfo Kaminsky – Fälschen im Dienst der Menschlichkeit	17

BLOG MIGRATIONS-GESCHICHTEN

Die Nordstadtliga – mehr als Fußball	19
--------------------------------------	----

ANALYSE UND MEINUNG

Wir müssen neue Zugänge und Formate finden	21
Zahlen und Zitate aus aktuellen Studien zu Demokratieentwicklung und Demokratiefeindlichkeit	23

AUS UNSERER ARBEIT

Im Zeichen der 30-jährigen Vereinsgeschichte	26
Mitgliederbrief: In eigener Sache	28
In Frankfurter Schulen gibt es jetzt Debattierkünstler*innen	29
Zweiter bundesweiter Kongress „Netzwerk Demokratiestarke Polizei“	31
RAG Münsterland: „Die Polizei kann nicht bloß ein Spiegel der Gesellschaft sein.“	34
RAG Münsterland: Höchst hoheitlich und dabei handgemalt – Kreative „Passfälscher“	36
RAG Südhessen: Die Welt der Fahrenden gestern und heute – eine wenig bekannte Lebensweise	36
RAG Hannover: Erstmals neuer Jugenddemokratiepreis verliehen	38

NAMEN UND NACHRICHTEN

Der Film in deinem Kopf – „The Zone of Interest“	39
Zeichen frühen Gedenkens	40

SO HELFEN SIE!

Interview: „Mehr Fürsprecher:innen für die Demokratie“	41
Spendensammlung in Altena geht an Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.	42

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension: Das Tier, das man Mensch nennt.	43
An des Haffes anderm Strand. Einer ostpreußische Familiengeschichte.	

IMPRESSUM

VORSTAND UND BEIRAT	47
---------------------	----

Andreas Voßkuhle

Demokratiskeptische Menschen als neue, wichtige Zielgruppe erkennen

Auszüge aus einer Rede im Rahmen der Mitgliederversammlung am 25. November 2023 in Freiburg im Breisgau

Unser Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wurde vor 30 Jahren – am 19. April 1993 – in Bonn gegründet. Seit drei Jahrzehnten tragen Mitglieder, Regionale Arbeitsgruppen, Geschäftsstelle, Vorstand und auf andere Weise mit dem Verein verbundene Menschen seine Kernanliegen weiter: die Demokratie in Deutschland zu stärken und für ein friedliches Zusammenleben in unserer Migrationsgesellschaft zu werben. Die Erinnerung an die NS-Verbrechen und das SED-Unrecht führen uns dabei deutlich vor Augen, was wir nie wieder sehen, nie wieder erleben wollen. [...]

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat über die Jahre Grundprinzipien und Strategien ausgebildet, die geeignet sind, etwas zu unserem großen Vorhaben der Stärkung der Demokratie in Deutschland beizutragen. Auf dieser Grundlage möchte ich Sie zum Nachdenken darüber anregen, welche anderen Menschen und Zielgruppen wir bei unserer Arbeit in den Blick nehmen müssen.

Es ist das Verdienst der Organisation „More in Common“, brauchbare Kategorien entwickelt zu haben, mit denen gesellschaftliche Milieus beschrieben und analysiert werden können. Unterschieden werden demnach sechs gesellschaftliche Typen:

- **Die Offenen:** Menschen, denen Selbstentfaltung, Weltoffenheit und kritisches Denken wichtig sind.
- **Die Involvierten:** Menschen mit Bürgersinn, die gesellschaftliches Miteinander schätzen und bereit sind, gesellschaftliche Errungenschaften zu verteidigen.
- **Die Etablierten:** Menschen, denen Verlässlichkeit und gesellschaftlicher Frieden wichtig und die mit dem Status Quo zufrieden sind.



Andreas Voßkuhle auf der Mitgliederversammlung am 25. November 2023 in Freiburg im Breisgau

- **Die Pragmatischen:** Menschen, denen Erfolg und privates Fortkommen wichtig sind, die sich weniger für Politik interessieren und ihren Mitmenschen nicht blind vertrauen.
- **Die Enttäuschten:** Menschen, denen das Gefühl von Gemeinschaft verloren gegangen ist und die sich mehr Wertschätzung und Gerechtigkeit wünschen.
- **Die Wütenden:** Menschen, die Kontrolle und nationale Ordnung schätzen, wütend aufs System sind und Menschen generell eher misstrauen.

Nach allen Umfragen hat keine dieser sechs Gruppen die Möglichkeit, auch nur in die Nähe politischer Mehrheiten zu kommen. Politische Mehrheiten werden nur im Zusammenwirken mehrerer dieser Gruppen möglich sein.

Was folgt daraus für unsere Arbeit? Eine Strategie, die ausschließlich auf die Ansprache des eigenen, kosmopolitischen Lagers der Offenen und Involvierten setzt, ist kaum geeignet, Wirkung in der

Gesamtgesellschaft zu entfalten. Daher reicht es auch nicht, die eigene Arbeit unter dem Stichwort „Unterstützung einer engagierten Zivilgesellschaft“ allein auf diesen Personenkreis auszurichten. Unsere Schlussfolgerung: Wir müssen breitere und andere Zielgruppen mit unseren Aktivitäten ansprechen und erreichen. Wir müssen uns ändern.

Laut „More in Common“ umfassen die „Pragmatischen“, „Enttäuschten“ und „Wütenden“ knapp die Hälfte der Bevölkerung. Bei diesen Menschen ist ein Bedürfnis nach Berechenbarkeit und eine Skepsis gegenüber Veränderung stark ausgeprägt. In der gegenwärtigen Situation gelingt es der AfD, nicht nur Zustimmung aus der Gruppe der „Wütenden“ zu bekommen, die vielfach ein konsistentes nationalistisches Weltbild haben. Vielmehr gelingt es der AfD auch, weitere Unzufriedene zu sich herüberzuziehen.

Ich möchte kurz zwei Studienergebnisse zitieren, weil sie so enorm wichtig sind:

„[Die Enttäuschten] sind weltanschaulich keine zwangsläufige AfD-Klientel, hegen aber (ebenso wie die Wütenden) seit

Foto: Silvie Kühne

Langem Enttäuschungs- und Ungerechtigkeitsgefühle, die sich durch die Preis-krise nun noch weiter manifestieren und vor allem breitenwirksam werden.“

„Für die Pragmatischen ist vor allem auf ihre [...] Bezugslosigkeit zur Politik hinzuweisen, die ihnen den versuchsweisen (und weltanschaulich relativ unbedarften) Wechsel hin zu populistischen Parteien erleichtert.“

Wir müssen uns mit diesen Studienergebnissen auseinandersetzen. Bislang wissen wir viel zu wenig über die Beweggründe von Menschen, die Partei AfD zu wählen. Erst wenn wir bereit sind, uns darauf einzulassen und jenseits der eigenen politisch-moralischen Haltung verstehen wollen, was diese Menschen umtreibt, wird es uns gelingen, zielgerichtete Angebote zu entwickeln, die das Potenzial haben, etwas zu verändern.

Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild, die knapp zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen,

werden wir mit politischer Bildung nicht mehr erreichen können. Wohl aber müssen wir neue Angebote entwickeln, die sich an Teile der „Wütenden“, vor allem aber an die „Enttäuschten“ und „Pragmatischen“ richten. Die AfD wirbt genau innerhalb dieser Gruppe von Menschen; demokratische Akteure tun dies bislang nicht immer ausreichend.

Die gegenwärtige Gefahr ist, dass die steigende Stimmenzahl demokratiskeptischer, aber nicht klar rechtsextremer Wähler der AfD echte Blockademöglichkeiten und Machtoptionen eröffnen.

Weil ich so besorgt bin, sage ich mit großer Deutlichkeit: Wenn wir „demokratiskeptische Menschen“ nicht stärker in den Blick nehmen und mit ihnen gemeinsam wieder Vertrauen in das politische System gewinnen, riskieren die Demokraten, nicht mehr mehrheitsfähig zu sein. Und weil die Gefahr so groß ist, müssen

wir neue Wege beschreiten und mit Menschen in den Austausch kommen, die bisher nicht in unserem Fokus standen.

Ich konzentriere einen großen Teil meiner Tätigkeit für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. auf dieses Thema. Im persönlichen Gespräch mit der Bundesfamilienministerin Lisa Paus, die das mit 200 Millionen Euro ausgestattete Programm „Demokratie leben!“ verwaltet, habe ich versucht, diese Gedanken einzubringen, und werde sie auch in der Öffentlichkeit weiter ausformulieren.

Und Sie bitte ich um Unterstützung dabei, Menschen, die uns weiter entfernt sind, zu adressieren und deren Auffassungen mitzudenken. ■

Lesen Sie zu diesem Thema auch die Seiten 21ff.

Prof. Dr. Dr. mult. h. c. Andreas Voßkuhle ist Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

„Die Köpfe dieser Partei wollen eine grundsätzliche Systemveränderung“

Auszüge aus einem Interview von Daniel Friedrich Sturm vom Berliner TAGESSPIEGEL mit dem Vorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Andreas Voßkuhle

Daniel Friedrich Sturm: Lernen die Menschen aus der Geschichte?

Andreas Voßkuhle: Nicht direkt. Der Soziologe Niklas Luhmann hätte wahrscheinlich geantwortet: Geschichte und Gegenwart sind strukturell verkoppelt. Es gibt gegenseitige Irritationen. Geschichte macht etwas mit uns, sie lässt uns nachdenken, innehalten. Damit ändert sich auch unser Bild von der Gegenwart.

Das wollen wir letztlich mit unserer Arbeit im Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ erreichen. Wir wollen die Menschen nicht in eine bestimmte Richtung lenken, sondern ein kritisches Bewusstsein schaffen, damit sich historische Prozesse, wie wir sie in Deutschland erlebt haben, nicht wiederholen. [...]

Die Zahl der antisemitischen Straftaten nimmt zu. Nach dem 7. Oktober wurden Davidsterne an Berliner Häuser geschmiert ...

Ich habe mir solche Zeiten, in denen jüdische Bürgerinnen und Bürger bei uns Angst haben, auf die Straße oder zur Arbeit zu gehen, nicht vorstellen können. Diese Entwicklung macht mich fassungslos.

Kanzler Olaf Scholz sagt, es komme nicht darauf an, ob Antisemitismus politisch oder religiös motiviert sei, ob er von links oder rechts komme, ob er hier gewachsen sei oder von außen ins Land getragen werde. Vernebelt das nicht die Analyse? Antisemitismus ist Antisemitismus, es ist eine zutiefst hasserfüllte, menschenfeindliche Ideologie, für die es keinerlei Recht-

fertigung gibt und die bekämpft werden muss. Aus welchem gesellschaftlichen Lager der Antisemitismus herkommt, ist daher zunächst einmal irrelevant, da stimme ich mit dem Kanzler ganz überein.

In einem zweiten Schritt müssen wir aber sehr wohl fragen, wie es zu der jetzigen Situation kommen konnte. Dabei ist zu differenzieren. Antisemitismus hat unterschiedliche Ursprünge. Viele, die sich jetzt zu Wort melden, haben zum Beispiel von den historischen Ursachen des Nahostkonflikts wenig bis keine Ahnung. Da müssen wir fragen: Hat das auch mit unserer Bildungsarbeit in Deutschland zu tun?

Was ist Ihre Antwort?

Wir sollten etwa darüber nachdenken, ob »

» sich die historisch-politische Bildung an die richtigen Leute wendet. Oft richten sich Bildungsformate an diejenigen, die ohnehin schon gut informiert sind. Unser Verein versucht daher auch Milieus anzusprechen, die durch normale Bildungsarbeit zu wenig erreicht werden. [...]

Seit Monaten verzeichnet die AfD Wahlerfolge, in bundesweiten Umfragen liegt die teils rechtsextreme Partei bei gut 20 Prozent. Worauf führen Sie das zurück?

Wir erleben, dass Menschen von der Politik und ihren Institutionen enttäuscht sind und sich daher abwenden. Die individuellen Gründe unterscheiden sich dabei. Mancher fühlt sich als Verlierer einer bestimmten Entwicklung, andere vermischen die vermeintlich gute alte Zeit, die aber meistens gar nicht so gut war.

Wichtig ist mir: Die Wähler der AfD sind längst nicht alle Rechtsextreme und Antisemiten. Sicher, viele sind anfällig für Verschwörungstheorien und populistische Parolen, das sind aber keine neuen Phänomene; beides gibt es seit Jahrhunderten. Ich halte nichts von Lagertheorien: Hier stehen die Wähler der AfD, dort sind die anderen. Es ist vielfältiger, komplizierter, verwobener. Es gibt nicht „den“ AfD-Wähler. [...]

Im kommenden Jahr [2024] wählen Brandenburg, Sachsen und Thüringen ihre Landtage neu.

Was bedeutet es, wenn die AfD in einem oder mehreren Landtagen stärkste Fraktion wird?

Die AfD als stärkste Fraktion in einem oder mehreren Landtagen würde die politische Landschaft Deutschlands umkrempeln. Die politischen Köpfe dieser Partei

zielen auf eine grundsätzliche Systemveränderung. In Polen sehen wir gerade, dass der Abbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen nicht einfach rückgängig gemacht werden kann. Die Landtagswahlen 2024 müssen uns daher beunruhigen. Es wird nicht leicht, die AfD als stärkste Kraft zu verhindern.

Sie sagten einmal in einem Vortrag, es sei „keineswegs selbstverständlich, dass die westliche Demokratie überlebt“. Woran wird sich das entscheiden?

Es kann durchaus sein, dass sich unsere westliche Demokratie nur als eine kurze Phase in der Geschichte der Menschheit erweist, ähnlich wie die attische Demokratie, und danach wieder die dunkle Zeit des Totalitarismus zurückkehrt. Wer das nicht möchte, sollte sich für unsere Demokratie engagieren. Das Leben in einer Demokratie war nie ein Paradies. Aber das Leben in totalitären Regimen war und ist in vielfältiger Hinsicht deutlich schlechter. ■

Das komplette Interview erschien am 28. Dezember 2023 im TAGESSPIEGEL. Wir danken der Zeitung und dem Autor Daniel Friedrich Sturm für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

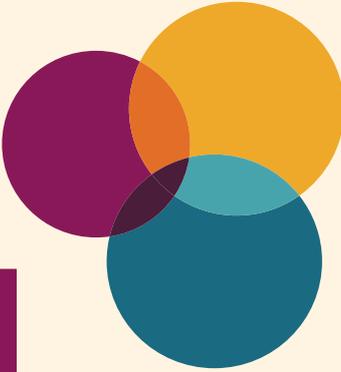
www.gegen-vergessen.de

Neue Plattform: ZUSAMMEN IM DIALOG

Um einer Polarisierung der Gesellschaft entgegenzuwirken, braucht es einen konstruktiven und verbindenden Dialog. Welche gesellschaftlichen Gruppen sollten wir ansprechen? Welche Strategien und Ansätze sind hilfreich? Über welche Themen lohnt sich eine Auseinandersetzung? Nur wenn echter Dialog entsteht, bekommt man die Gelegenheit für die eigenen politischen Überzeugungen zu werben, ohne dass diese direkt abgeblockt werden. Was in der Theorie einfach klingt, scheidet in der Praxis oft genug.

Die Wissensplattform **ZUSAMMEN IM DIALOG** bündelt die Erkenntnisse, Ansätze und Impulse von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zu diesen Themen und gibt Impulse für eine demokratische Kommunikationskultur.

Man findet sie unter: www.zusammen-im-dialog.de



ZUSAMMEN IM DIALOG

Interview

„Wir brauchen in der breiten gesellschaftlichen Mitte mehr politische Leidenschaft“

Der Soziologe Steffen Mau hat im November 2023 in Freiburg im Breisgau den Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ entgegengenommen. Im gemeinsamen Gespräch mit der stellvertretenden Vorsitzenden Linda Teuteberg (MdB) stellte er sich dort den Fragen von Moderatorin Ruth Wunnicke über seine Thesen zu Polarisierungstendenzen in der deutschen Gesellschaft. Wir geben seine Antworten hier in bearbeiteten Auszügen wieder.

Ruth Wunnicke: In Ihrem neuen, sehr erfolgreichen Buch „Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft“ gibt es ein Kapitel „This ist not America“ (Dies ist nicht Amerika). In dem Kapitel zeigen Sie auf, dass Deutschland im Polarisierungsgrad nicht mit den USA gleichzusetzen sei. Wieso sind wir nicht Amerika?

Steffen Mau: Wenn Sie in den USA zwischen den zwei großen Fernsehsendern hin- und herschalten, denken Sie, es wird über zwei komplett unterschiedliche Gesellschaften berichtet. Zudem gibt es in den USA kaum noch Kompromissfähigkeit. In der deutschen Gesellschaft gibt es drei im politischen System verortete Bedingungen, die eine Resilienz gegenüber Polarisierungstendenzen fördern. Zunächst haben wir ein Verhältniswahlrecht, was bedeutet, dass zumeist mehrere Parteien in einer Regierung miteinander koalieren müssen. In Berlin haben wir jetzt eine, deren Parteien keine natürlichen Freunde sind. Das bedeutet aber: Man kann hier kein so starkes Freund-Feind-Schema aufbauen. Die zweite Bedingung hat mit der Konstruktion der Öffentlichkeit in Deutschland zu tun, in der die öffentlich-rechtlichen Medien und andere Qualitätsmedien noch immer eine große Rolle spielen. Außerdem haben wir eine stark föderale Struktur, was dazu führt, dass Konflikte sich nicht so stark aushärten können wie in den USA. Unser Buch „Triggerpunkte“ ist aber keine Beruhigungsspielle für die Deutschen. Wir zeigen auch Dynamiken auf, die in Richtung Polarisierung gehen und eine große Gefahr in sich bergen.

In Ihrem Buch gibt es den Begriff „Polarisierungsunternehmer“. Wer genau sind die?



Steffen Mau (Mitte) zusammen mit Linda Teuteberg MdB (l.) und Moderatorin Ruth Wunnicke (r.) während des Podiumsgesprächs zur Preisverleihung.

Das sind politische Akteure oder bestimmte Gruppen, die das Erzeugen von Feindbildern zu ihrem Programm machen, um daraus politisches Kapital zu schlagen. So ein Vorgehen ist gefährlich, weil sich solche zugespitzten Formen von Differenzierung und Unterscheidung schwer wieder einfangen lassen. „Polarisierungsunternehmer“ sind etwa Rechtspopulisten, die einen großen Kulturkampf ausrufen. Aber es geht auch um andere. Sahra Wagenknecht bedient ein ähnliches Denken gegen das sogenannte „korrupte politische System“. „Polarisierungsunternehmer“ appellieren außerdem an den gesunden Menschenverstand und sprechen diesen dann allen anderen ab. Dieses Vorgehen findet man in fast allen westlichen Län-

dern und es ist zum Teil sehr erfolgreich. Geert Wilders hat damit in den Niederlanden gerade eine Wahl gewonnen.

Also meinen Sie mit „Polarisierungsunternehmern“ nicht nur Rechtspopulisten?

Genau, die Ränder sind derzeit einfach viel lauter als die Mitte. Dadurch entsteht so etwas wie eine gefühlte Polarisierung, die eine Dynamik entfacht: Wenn wir glauben, dass die Welt gespalten ist, werden wir bei jeder politischen Debatte versuchen herauszufinden, wo die eigenen Leute stehen und wie man sich jetzt positionieren sollte. Und die auf der anderen Seite machen das genauso. So kann es geschehen, dass eine nur ge-»

Foto: Silvie Kühne

» fühlte Polarisierung sich am Ende doch durchsetzen. Viele Menschen denken nicht in Parteiprogrammen, sondern suchen nach Positionslichtern im Nebel, durch den man sich durchnavigieren muss. Wenn in der öffentlichen Kommunikation dauernd Triggerpunkte angesteuert werden, zu denen man sich nur pro oder kontra verhalten kann, werden Linien zwischen den Lagern schließlich immer stärker konturiert.

Sie sagen, dass es zwischen den Meinungspolen in Deutschland eine breite Mitte gibt. Wer gehört dazu?

In vielen Fragen, die kontrovers erscheinen, gibt es in den Einstellungen der Menschen eine überraschend große Einigkeit. So leugnen in Deutschland weniger als zehn Prozent der Befragten den menschengemachten Klimawandel. Die Konflikte drehen sich eher um den Umgang damit und die Frage, wer die Lasten tragen muss. Darum müsste sich also eigentlich auch die öffentliche Debatte drehen. Stattdessen werden immer wieder emotionale Triggerpunkte bedient. Die Mitte sind Menschen, die abwägen und unterschiedliche Argumente zur Geltung bringen. In der öffentlichen Debatte fühlen sie sich oftmals so, als seien sie mit ein paar Freunden in eine Kneipe gegangen, von denen plötzlich zwei anfangen, sich lautstark zu streiten. Sie selbst werden immer leiser, weil sie nicht einseitig Partei ergreifen wollen. Genauso gibt es in der öffentlichen Debatte – vor allem in den sozialen Medien – eine Überpräsenz extremer Positionen, was dazu führt, dass viele denken: Wenn ich mich da jetzt einmische, werde ich zerrieben. Die große Frage ist aber: Wie mobilisiere ich diese stille Mitte dafür, sich politisch einzubringen und demokratisch zu wählen, statt dass sie dem politischen Geschehen fernbleiben?

Ihrer Analyse nach ist Deutschland keine in zwei Lage gespaltene Gesellschaft. Stattdessen sprechen Sie von einer zerkraterten Meinungslandschaft, in der sich sogenannte Arenen befinden, in denen Ungleichheitskonflikte ausgetragen werden. Hier werden Themen wie Klassengesellschaft, Klima oder Migration verhandelt. Wenn wir nun Menschen

aus der stillen Mitte in eine Konfliktarena setzen, etwa beim Klimaschutz, was würde dann passieren?

Diese Menschen würden vielleicht nicht sagen, dass sie rücksichtslos ihre alte Lebensweise beibehalten wollen, sie wollen aber auch nicht alles reglementiert haben. Ein großes Anliegen vieler Leute ist es, dass die sozialökologische Transformation gerecht zugeht. Das heißt zum Beispiel, dass diejenigen, die viel verursachen, also diejenigen mit viel Einkommen und großem Vermögen, mehr schultern als die kleinen Bürger. Menschen mit kleinem Einkommen erreichen ja heute schon die Pariser Klimaziele. Enorme Vorbehalte gibt es jedoch etwa gegen „Klimakleber“, unter deren Aktionen zum Beispiel der unschuldige Handwerker aus Brandenburg leiden muss. Der eigentliche Konflikt ist ein Zeitkonflikt zwischen denen, die sagen, es geht nicht schnell genug mit dem Umbau, und denjenigen, denen es zu schnell geht. Dazwischen muss man einen brauchbaren, weithin akzeptierten gesellschaftlichen Kompromiss finden. Darüber müssten wir eigentlich diskutieren.

Wie kann der stillen Mitte mehr Raum gegeben werden?

Wir tun gut daran, das Zustandekommen politischer Entscheidungen besser zu erklären und Leuten auch mehr Möglichkeiten des politischen Mitmachens außerhalb der Parteien einzuräumen – etwa in Bürgerräten. Als Lernräume für politisches Mitgestalten finde ich sie wichtig, denn anteilig sind nur wenige Menschen in Parteien organisiert und aktiv an politischen Prozessen beteiligt, die zu Entscheidungen führen.

In einer vorhergehenden Studie zu den Transformationsjahren in Ostdeutschland kommen Sie zu dem Schluss, dass es sowohl bei sozioökonomischen Indikatoren als auch bei politischen Einstellungen noch immer Unterschiede zwischen Ost und West gibt. Woran liegt das?

Immer wieder wird die Frage gestellt: Sind die Unterschiede ein Erbe der DDR oder ein Erbe der Transformationsphase? Ich sage: beides. Es haben sich zwei sehr unterschiedliche Gesellschaften vereinigt. Die Bundesrepublik war eine wohlhaben-

de Mittelstandsgesellschaft, auch schon migrantisch geprägt. Die DDR war eine sehr homogene Gesellschaft mit starker Arbeiterschaft. Bis heute ist der Osten Deutschlands eine Region der kleinen Leute geblieben, mit anderen Mentalitäten, auch mit anderen politischen Orientierungen. Und ich glaube, es ist wichtig zu verstehen, dass die Ostdeutschen sich im Herbst 1989 das erste Mal als mündige politische Bürger verstanden haben. Es gibt dort häufig ein anderes Verständnis von Politik, das sich durch Proteste auf der Straße definiert. Aber in einer parlamentarischen Demokratie braucht es eben auch viel Aushandlung, was die Ostdeutschen weniger erfahren haben, weil sie 1990 zu wenig die Möglichkeit hatten, selbst zu gestalten. Der Einigungsvertrag war unterschrieben. Jürgen Habermas hat gesagt: „Sie hatten keine Möglichkeit, eigene Fehler zu machen und aus diesen eigenen Fehlern zu lernen.“ So kam es dazu, dass vieles, was nicht gelaufen ist, nur dem Westen zugeschrieben wurde – weil die Westdeutschen eben an allen Schalthebeln saßen, in allen Sektoren der Gesellschaft. Da, glaube ich, knabbern wir bis heute noch dran.

Wie lautet Ihr Appell?

Der breiten Mitte der Gesellschaft muss mehr politische Leidenschaft eingehaucht werden. Es geht um etwas. Die Demokratie ist nicht unumstößlich, wir stehen vor riesigen Herausforderungen. Wir müssen uns alle bemühen, den Bürgerinnen und Bürgern verständlich zu machen, dass ihr Beitrag zur Demokratie gefragt ist. ■

LITERATURHINWEISE:

Steffen Mau:
Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft
Suhrkamp Insel Verlag, Berlin 2023
Broschiert, 540 Seiten
ISBN 978-3-518-02984-8
25,00 Euro

Steffen Mau:
Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft
Suhrkamp Insel Verlag, Berlin 2019
Taschenbuch, 284 Seiten
ISBN 978-3-518-42894-8
12,00 Euro

Prof. Dr. Steffen Mau ist Soziologe und Professor für Makrosoziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

„Das Beste ist, Menschen zu beteiligen“

Die Thüringerin Christine Lieberknecht hat über 30 Jahre lang politische Verantwortung getragen, von 2009 bis 2014 war sie Ministerpräsidentin ihres Heimat-Bundeslandes. Seit 2020 ist die studierte Theologin und ehemalige Pfarrerin außerdem stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Wir haben im Rahmen unseres neuen Podcasts „Halt@zusammen! Der halt@zusammen!-Podcast zum Wahljahr 2024“ mit ihr über den Umgang mit demokratieskeptischen Menschen und die Stärkung des Zusammenhalts in den Kommunen gesprochen.

Der Thüringer Landesverband der AfD mit seinem Vorsitzenden Björn Höcke wurde 2021 vom Thüringer Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Gleichzeitig ist die AfD in den Umfragen in Thüringen weiterhin stärkste Kraft und könnte nach den Landtagswahlen im September den Ministerpräsidenten stellen bzw. an der Regierung beteiligt sein. Frau Lieberknecht, wie kann Ihrer Meinung nach die demokratische Mehrheit in den Parlamenten gesichert werden?

Diese Frage stellen sich in diesen Monaten ganz viele Thüringerinnen und Thüringer. Die positive Botschaft ist zunächst einmal, dass laut Umfragen wie zum Beispiel dem sogenannten Thüringenmonitor die Staatsform unseres freiheitlich demokratischen Verfassungsstaates von einer überwiegenden Mehrheit von 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung als positiv und verteidigungswürdig eingestuft wird. Wir haben also kein Theorieproblem oder dass die Leute nicht zur Demokratie stehen wollten, aber offensichtlich verstehen sie darunter unterschiedliche Dinge. Das gilt für den rechtspopulistisch bis rechtsextremistischen und auch den linkspopulistischen bis linksextremen Raum. Um dem zu begegnen, ist es meiner Meinung nach wichtig, sich inhaltlich auseinanderzusetzen.

Was verstehen Sie unter einer inhaltlichen Auseinandersetzung?

Das ist für mich die Beschäftigung mit den Inhalten von Parteien. Viele Menschen wissen gar nicht, was ihr Wahlverhalten am Ende für ihren Alltag bedeutet. Was aber möchte diese angebliche Alternative für Deutschland? Was will eine Partei, die sagt: Europa muss sterben? Wo wir als Thüringer mit unseren kleinen und mittelständischen Firmen doch auf die internationale Vernetzung angewiesen sind? Was will eine Partei,



Foto: Adela Dulovic

Christine Lieberknecht im Gespräch mit Beke Detlefsen für den Podcast halt@zusammen zum Wahljahr 2024.

die permanente Exklusion betreibt, in dem Menschen als minderwertig angesehen werden? Und das in einem Land, das von der Weltoffenheit und Toleranz gelebt hat? Es ging Thüringen immer gut, wenn es offen aufgestellt war – wie beispielsweise in den 1920er Jahren mit dem Bauhaus, für das internationale Künstler ins Land kamen. Thüringen ging es immer schlecht, wenn man versucht hat, die Schotten dicht zu machen und sich selbst als die Größten zu sehen, siehe zum Beispiel die Barbarei von Buchenwald.

Warum verfängt die Einschätzung des Verfassungsschutzes Ihrer Meinung nach nicht?

Es nützt wenig, mit den Argumenten des Verfassungsschutzes zu argumentieren. Das setzt nämlich erst einmal voraus, dass die Thüringer Bevölkerung ein positives Grundvertrauen zu einer solchen Institution hat. Das hat sie nicht wirklich. Viele Westdeutsche können das nicht verstehen, da sie die Staatssicherheitserfahrung der Thüringer Bevölkerung nicht teilen. Wir können den Geheimdienst einer Diktatur natürlich nicht mit unserem demokratisch kontrollierten Verfassungsschutz vergleichen, dennoch hat die Stasi bis heute Spuren in den Köpfen der Menschen hinterlassen. Außerdem

hat der Verfassungsschutz in seiner jüngeren Geschichte beim rechtsterroristischen Untergrund NSU kläglich versagt. Der Verfassungsschutz ist bei den Leuten nicht positiv konnotiert – mit dessen Schlagworten zu arbeiten bringt nichts.

Was hilft stattdessen?

Die demokratischen Parteien sollten viel mehr Werbung für das machen, was sie in den vergangenen 30 Jahren an positivem Lebensgefühl für dieses Land gebracht haben. Und das gilt nicht nur für die Parteien, sondern hier sind die Zivilgesellschaft, die Institutionen, Unternehmen und Einzelpersonen, die Volkshochschulen, die Universitäten, die Fachhochschulen, Kulturvereine, Theater und Orchester – es sind alle gefragt.

Sie sind an dem Bündnis Weltoffenes Thüringen beteiligt, haben die Eröffnungsrede gehalten. Das Bündnis wird von der Zivilgesellschaft getragen und will sich für Vielfalt und Engagement einsetzen. Meinen Sie so etwas mit Werbung?

Genau, das Bündnis ist nicht gegen etwas, sondern ein Bündnis für die Vielfalt, das Initiative ergreifen, aufmuntern und Mut machen will. Das Bündnis ist seit Monaten vorbereitet worden, schon vor den Ereignis- »

» sen in Potsdam und dem darauffolgenden Aufstehen in diesem Land. Hintergrund für die Bündnisgründung waren die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Oberbürgermeisterwahl in Nordhausen 2023, bei der durch das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure wie Sportvereine, Theater und Kirchen die Mehrheit der Bevölkerung demokratisch und eben nicht für die AfD abstimmte.

Was können die Politik und Kommunen zur Stärkung der Demokratie beitragen?

Sowohl in Thüringen als auch auf Bundesebene und im Europäischen Parlament sollten sich die Politiker fragen: Inwieweit treffen unsere Entscheidungen tatsächlich die Bedürfnisse der Menschen im Land? Wo regieren wir möglicherweise aus unserer Wahrnehmung in Berlin, Brüssel oder Erfurt an dem, was die Menschen brauchen, vorbei? Ich sehe das beispielsweise bei kleinen und mittelständischen Unternehmen oder in der Landwirtschaft. Die Bauern sind nicht auf der Straße, weil sie eine andere Gesellschaft wollen oder weil sie alle Anhänger der AfD sind, sondern weil sie wirklich in höchsten Nöten sind. Weil sie zum Teil nicht mehr wissen, wie sie ihre Existenz sichern sollen. In der Landwirtschaft gibt es unendlich viele Auflagen und Bürokratie. Das muss die Politik sehen und eingreifen können, Entscheidungen treffen und schauen: Wie können wir es den Menschen einfacher machen?

Kennen Sie weitere Themen, mit denen die Menschen nicht einverstanden sind?

Das ist zum Beispiel das Bildungssystem beziehungsweise der viele Unterrichtsausfall und Lehrermangel. Viele Menschen haben das Gefühl, dass jahrelang über die Probleme geredet, aber nicht wirklich etwas getan wird. Ich könnte eine ganze Menge mehr Beispiele nennen. Das Aufkommen des Rechtspopulismus oder im schlimmen Fall auch des Extremismus sehe ich als einen Weckruf an die aktuelle Politik, über ihr eigenes Handeln nachzudenken und es auch zu verändern.

Wie könnte eine solche Veränderung in den Kommunen aussehen?

Das Beste ist immer, Menschen zu beteiligen. Es gibt dieses bekannte Sprichwort: Ich sage dir etwas, du wirst es vergessen. Ich zeige dir etwas, du wirst es dir merken.

Ich beteilige dich und du wirst es verstehen. Ich bin Mitglied in einem Fachbeirat zur Bürgerbeteiligung im Sächsischen Ministerium für Justiz, Demokratie, Europaangelegenheiten und Gleichstellung. Dort sehe ich viele Projekte, die versuchen Menschen einzubeziehen, wenn Veränderungen in Kommunen anstehen. Zum Beispiel, dass Menschen Vorschläge machen können, wie sie Mittel verteilen würden. Hier im nördlichen Weimarer Land sind wir gerade dabei, eine Bürgerstiftung zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu gründen. Niemand will deren Produktion vor der eigenen Haustür haben, ich sage nur Windkraftanlagen und große Solarfelder. Da ist es enorm hilfreich, wenn eine solche Stiftung aus der Bürgergesellschaft heraus schauen kann: Was sind die identitätsstiftenden Faktoren in unseren Dörfern? Wie können wir die Tradition unserer Dörfer und unser kulturelles Leben mit dem vereinbaren, was energiepolitisch wirtschaftlich notwendig ist? Das sorgt für eine positive Grundstimmung und mehr Zusammenhalt im Gemeindeleben. Und wer sich darin engagiert, wird, so glaube ich, auch weniger anfällig sein für Rechtspopulisten oder gar Extremisten.

Die Stärkung des Zusammenhalts und Dialogs sind auch die Kernthemen unseres neuen Podcasts. Haben Sie ein Beispiel für Räume, in denen Begegnungen ermöglicht und Konflikte ausgetragen werden können?

Die Erzählsalons sind zum Beispiel ein tolles Format. Während Corona war ich Jurorin bei zwei Staffeln dieser Erzählsalons mit jeweils 20 Erzählungen, die nach strengen Regeln funktionieren. In einer Sitzung habe ich den Atem angehalten. Da war ein ehemaliger Grenzzoffizier, der die innerdeutsche Grenze im Eichsfeld gesichert hat, notfalls auch mit der Schusswaffe. Und es war ein katholischer Lehrer, der unter dem DDR-Regime im Eichsfeld drangsaliert wurde. Jeder der beiden erzählte seine Geschichte. Die Stimmung war zum Knistern, aber am Ende haben sie ihre Geschichten stehen lassen und eine gewisse Verständnissituation füreinander entwickelt. Das Aushalten und die Toleranz, den anderen trotz allem und der Andersartigkeit in seiner Würde zu achten und zu respektieren – das kann man in diesen Erzählsalons lernen. 60 Erzählungen wurden in einem Buch veröffentlicht. Es sind die Geschichten von Menschen, die sonst nie auf der Bühne stehen, zum Beispiel eine Baggerfahrerin aus Gräfenhaini-

chen oder ein Polizist aus Saalfeld. Das war für mich eine emotional sehr berührende Buchpräsentation. Durch das Erzählen dieser Geschichten können wir Menschen für die Demokratie gewinnen und sie respektieren lernen lassen, dass andere Menschen eine andere Geschichte haben als sie und alle gemeinsam das Mosaik dieser Gesellschaft bilden.

Wie erreichen wir die stille Mitte, also diejenigen, die an solchen Formaten üblicherweise nicht teilnehmen wollen oder können?

Weitere Teilhabemöglichkeiten bieten die oft selbstverständlichen, im Stillen getanen sozialen Hilfestellungen, die Menschen anderen Menschen geben. Das ist sehr demokratiestabilisierend, ohne dass über die große Politik geredet werden muss. Bei der letzten Landratswahl gab es folgendes Beispiel: Die AfD hatte in Umfragen 15 Prozent Vorsprung gegenüber dem Zweitplatzierten von der CDU. Da waren es gerade die Menschen aus den Sozialverbänden wie der Diakonie, die viel mit Menschen mit Behinderungen zu tun haben, die gesagt haben: Für uns ist die Menschenwürde unteilbar und wir können niemanden wählen, der bestimmte Menschen als weniger wertvolles Leben betrachtet. Die Wahlentscheidung hatte dadurch nicht mit vordergründig politischen Argumenten zu tun, sondern mit dem sozialen Engagement der Menschen. Wir können Menschen auch über die Musik erreichen. Wer im Chor singt, ist damit in einer zutiefst demokratischen Gemeinschaft aktiv.

Auch dafür brauchen wir Menschen, die sich beteiligen und engagieren wollen. Gerade im ländlichen Raum fehlt es oft an Nachwuchs. Wie können wir dem Problem begegnen?

Ein wichtiger Schlüssel für den Zusammenhalt in einer Kommune ist die Vereinsarbeit. Es gibt zwei Organisationen, bei denen Sie trotz aller Schwierigkeiten, junge Menschen zu gewinnen, immer Jugendliche antreffen, die mit Leidenschaft dabei sind. Das sind die Feuerwehren und die Sportvereine – die haben bei Kindern und Jugendlichen keine Nachwuchsschwierigkeiten. Aus diesen Vereinen heraus lassen sich immer junge Menschen finden, die für ein Kommunalparlament kandidieren wollen. Diese Vereine haben manchmal auch eigene Wahllisten. Aber auch freie Wähler- oder Parteilisten tun gut daran, diese jungen Menschen mit

auf ihre Listen zu nehmen, damit auch sie gewählt werden können. Und es gibt natürlich die politischen Jugendorganisationen. Die sind im ländlichen Bereich zwar nicht so stark, aber ich habe es durchaus auch dort erlebt, dass junge Leute mit großem Elan Wahlkampf für sich machen und von Tür zu Tür durch die Straßen ziehen. Das klingt nach Ausnahmerecheinungen, aber es sind in der Summe dann eben doch viele verschiedenen Zugangswege, die Möglichkeiten zur Teilhabe bieten. ■

Die Fragen stellte Beke Detlefsen.

PODCAST „HALT@ZUSAMMEN“

In zunächst acht Folgen widmet sich der Podcast „Halt@zusammen! Der halt@zusammen!-Podcast zum Wahljahr 2024“ den Fragen, wie die demokratische Mehrheit gesichert, Dialogräume geschaffen und die demokratisch denkende stille Mitte aktiviert werden können. In diesem Rahmen hat das Projektteam von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Interviews mit Expert*innen, Praktiker*innen und kommu-

nalen Akteur*innen geführt, um deren Analysen, Erfahrungen und Handlungsempfehlungen im Vorfeld der im Juni 2024 stattfindenden Kommunal- und Europawahlen der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die einzelnen Folgen können ab April 2024 über die gängigen Audio-Plattformen und auf der Seite zusammen-im-dialog.de angehört werden.

„WELTOFFENES THÜRINGEN“

Das Bündnis „Weltoffenes Thüringen“ ist im Sommer 2023 als Initiative der Zivilgesellschaft entstanden, im Januar 2024 hat es sich zum ersten Mal öffentlich vorgestellt. Der Zusammenschluss verschiedenster Akteure wie Vereine, Kirchen, So-

zialverbände, Theater, Unternehmen und zahlreicher Einzelpersonen will sich lautstark für demokratische Werte einsetzen und rechtsextremistischen Ansichten nicht das Feld überlassen. Mittlerweile haben sich über 3.000 Unterstützer*innen hinter

die Forderungen des Bündnisses gestellt, das ein weltoffenes, tolerantes und vielfältiges Thüringen repräsentieren und unterstützen möchte.

thueringen-weltoffen.de



Foto: © Thomas Müller/Weltoffenes Thüringen

Christine Lieberknecht eröffnet die Initiative WELTOFFENES THÜRINGEN am 25. Januar 2024 in einer Veranstaltung im Historischen Rathaus in Jena.

Lieberknecht in ihrer Eröffnungsrede:

„So stehe ich mit dem Engagement von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gemeinsam mit den vielen Initiativen, Ideen, Projekten, die Sie alle heute hier mitgebracht haben und die wir weiterentwickeln wollen, für die Vielfaltigkeit, Buntheit und Breite unserer Initiative ‚Weltoffenes Thüringen‘.

Deswegen möchte jetzt eigentlich nur den Aufruf eines Menschen weitergeben, der mich persönlich sehr berührt und für

mich zum Vermächtnis geworden ist: ‚Empört Euch!‘ Und: ‚Engagiert Euch!‘ von Stephane Hessel. Stephane Hessel war ehemaliger Häftling im nationalsozialistischen Konzentrationslager Buchenwald und später französischer Diplomat bei der UNO. Der Einsatz für die Unantastbarkeit der Menschenwürde war für ihn zum Kern seiner Humanität, seiner Leidenschaft und auch seines politischen Programms geworden.

‚Empört Euch‘, wo immer die Würde des Menschen missachtet, verletzt und mit Füßen getreten wird. Aber: ‚Engagiert Euch‘ auch! Gemeinsam könnt ihr etwas verändern. Gemeinsam könnt ihr etwas bewegen. Menschen können sich beteiligen an den gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Debatten. Und das ist nicht nur eine Möglichkeit. Wir müssen es auch. Unser demokratisches Engagement ist das Lebenselixier der Demokratie.“

Michael Weinberg

Best Practice: Das Format Debatten-Café Stimmungsbarometer

Im Jahr 2022 hat der Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. im Rahmen des Projekts „Kompetenznetzwerk für das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft“ ein neues und innovatives Format der politischen Bildung auf den Weg gebracht: das „Debatten-Café Stimmungsbarometer“. Dabei geht es zum einen um die Stärkung der Debattierkultur innerhalb der jeweiligen Mitgliederorganisationen und darum, den Anwesenden eine Plattform zur Äußerung ihrer angestauten Ängste, Ärgernisse und Bedarfe zu bieten.

Das Wort „Stimmungsbarometer“ verweist auf ein weiteres Ziel des Formats. Das Geäußerte soll visuell messbar werden. Dadurch kann man Erkenntnisse darüber gewinnen, ob die Menschen in den jeweiligen Vereinen in Bezug auf die debattierten Themen der sogenannten „beweglichen Mitte“ zugeordnet werden können. Dabei handelt es sich um eine Gruppe von skeptisch eingestellten bzw. ideologisch nicht festgelegten Vertreter*innen der Gesellschaft.

Wie aber sieht nun das Ganze in der praktischen Umsetzung aus? In den meisten Fällen wird das Thema der Debatte selbst gewählt. Dabei gehen die Organisator*innen von den aktuellen Interessen und Redebedarfen der Menschen in den jeweiligen Vereinen aus. In einzelnen Fällen liefert das Projektteam den Organisator*innen Ideen und Rahmen zur Wahl eines optimalen Themas. Ist dieses einmal gefunden, erarbeitet das Projektteam anschließend in Abstimmung mit dem/der Organisator*in sechs bis acht themenbezogene Thesen, die als Impulse für die Debatte dienen. Dies gelingt unter anderem durch eine provokative, überspitzte Formulierung.

Hier ein paar ausgewählte Thesen-Beispiele:

- „Die ethnische und kulturelle Vielfalt könnte ein Hindernis/Störfaktor auf dem Weg zum friedlichen Zusammenleben in Deutschland sein.“
- „Die traditionellen/etablierten Medien versuchen oftmals die Wahrheit zu verschleiern und den Menschen ein mani-

puliertes Bild des Geschehens aufzuzwingen.“

- „Kriege und die globale Erwärmung führen zur massiven Fluchtbewegung aus den Ländern des globalen Südens, womit Deutschland nicht fertig wird.“

Der oder die Moderator*in stellt den Teilnehmer*innen jeweils eine These vor (visuell und mündlich) und gibt ihnen anschließend die Möglichkeit, sich innerhalb von etwa zwei Minuten auf einer Skala von minus fünf bis plus fünf zu positionieren. Dabei steht minus fünf für eine komplette Ablehnung der These und plus fünf für volle Zustimmung. Je nach Intensivität der subjektiven Einschätzung kann man sich auch in dem Bereich dazwischen, also zum Beispiel bei plus zwei, minus drei oder null, positionieren, wobei die letztere Wahl für eine gänzlich neutrale Position steht. Sobald sich die Teilnehmenden für eine Zahl entschieden haben, werden sie gebeten, sie aufzuschreiben und dem oder der Moderator*in zu zeigen. Dadurch bekommt er oder sie eine gute Übersicht über die verschiedenen Positionierungen zur jeweiligen These, kann eine strukturierte Debatte aufbauen und überlegen, welche Teilnehmenden am besten gegeneinander debattieren könnten.

Durch geschickt formulierte Fragen animiert er oder sie die Teilnehmenden dazu, ihre Positionen durch Argumente zu untermauern, Gegenargumente zu liefern oder darauf zu antworten. Daraus entwickelt sich häufig eine temperamentvolle Debatte. Der

Respekt bleibt gewahrt, denn der oder die Moderator*in achtet darauf, dass die rote Linie (Beleidigungen, Diskriminierung) nie überschritten wird, und greift im Notfall ein. Sollten sich bei einer These die meisten oder gar alle Teilnehmenden auf fast dieselbe Position festlegen, nimmt der oder die Moderator*in die jeweils entgegengesetzte Position ein. Dabei greift er oder sie auf bekannte populistische Argumente sowie eine entsprechende Rhetorik zurück und versucht die Gruppe zu einer Debatte gegen ihn oder sie zu bewegen.

Für die Anwendung dieser Art der Moderation und Leitung einer Debatte braucht es Erfahrung: jahrelange Arbeit im sozialen Bereich, insbesondere der politischen Bildung, eine gute Kenntnis der aktuellen gesellschaftspolitischen Themen und Übung im Umgang mit Publikum, da man eine eventuell unbequeme Rolle (Populist, Rechter, Rassist) einnehmen und den Dialog aus dieser Perspektive führen muss.

Die Ergebnisse der bereits durchgeführten Cafés zeigen, dass dieses Format viele Menschen dazu anregt, über für sie scheinbar feststehende Wahrheiten zu reflektieren und sich einem Dialog darüber zu öffnen. Ein solches Resultat ist ganz im Sinn der Arbeit mit der „beweglichen Mitte“. Zudem sehen viele Leiter*innen der jeweiligen Organisationen einen starken Impuls für die Professionalisierung der Kommunikationskultur ihrer Mitglieder und wünschen sich eine regelmäßige Durchführung solcher Debattenformate. Die Stimmungen der jeweiligen Cafés, die Positionierungen der Teilnehmenden, werden auf einer Skala anonym festgehalten und später vom Projektteam ausgewertet. ■

Michael Weinberg, Projektkoordinator des Kompetenznetzwerks für das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft beim Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. Der Beitrag wurde zuerst in der Publikation „Blickpunkt Migrationsgesellschaft. Im Dialog mit der beweglichen Mitte“ von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. veröffentlicht. Unter info@gegen-vergessen.de können Sie die Broschüre kostenfrei bestellen.

Ruth Wunnicke

Auf Spurensuche in Strasburg (Uckermark)

Neue Handreichung zur Erkundung lokaler Migrationsgeschichte in Ostdeutschland

Migration bedeutet Veränderung – für alle Beteiligten, die mit ihr zu tun bekommen. Auf lokaler Ebene zeigt sich dies besonders deutlich. Neu Zugezogene bringen ihr eigenes Gepäck mit, eigene Erfahrungen, Lebensweisen und Bedürfnisse, aber auch eigene Perspektiven und Fähigkeiten. Die „Neuen“ benötigen Anpassungsfähigkeit, um sich in die bestehenden Strukturen vor Ort einzufinden. Aber auch die „Alten“ sind gefordert, sie müssen sich damit auseinandersetzen, dass sich ihr Ort durch die Migration wandeln wird.

In den aktuellen und vergangenen Zuwanderungsdebatten gerät dabei oft in Vergessenheit: Deutschland erlebt nicht zum ersten Mal Phasen erhöhter Migration. Wanderungsbewegungen und transnationale Lebenswirklichkeiten prägten und prägen seit jeher den Lebensalltag. Schon lange wandern Menschen nach Deutschland ein. Andere verlassen das Land, um anderswo ihr Glück zu suchen.

Diese historische Genese von Zu- und Wegzug an einem Ort sichtbar zu machen, kann für aktuelle Migrationsprozesse sensibilisieren. Denn bei aller Reibung, die Migration mit sich bringt, kann sie für einen Ort auch Weiterentwicklung und Bereicherung bedeuten. Eine Spurensuche kann Antworten darüber geben, wie Eingliederungsprozesse in der Vergangenheit funktioniert haben.

Nach der Publikation „Auf den Spuren von Migration in Wolfsburg“ (2022), die sich am

Beispiel der Stadt Wolfsburg den verschiedenen Möglichkeiten und Methoden der Spurensuche nach Migrationsgeschichte in Westdeutschland widmet, haben wir nun mit „Auf den Spuren von Migration in Strasburg (Uckermark)“ (2023) eine Handreichung zur Spurensuche lokaler Migrationsgeschichte in Ostdeutschland veröffentlicht.

Warum lokale Spurensuche zur Migrationsgeschichte?

Mit dieser Handreichung möchte Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Akteure und Multiplikatorinnen in ostdeutschen Kommunen dazu ermutigen, die Migrationsgeschichte vor Ort zu erkunden und als Teil der Ortsgeschichte sichtbar zu machen. Es gilt, Migration und den Zuzug von Menschen als seit vielen Jahrhunderten gängige Bewegung aufzuzeigen, die den Orten mitunter erst ein Fundament gab, welches das Überleben sicherte und den Ort belebte.

Spurensuche am Beispiel der Stadt Strasburg (Uckermark)

Strasburg ist eine Kleinstadt mit rund 4.500 Einwohnern in der historischen Landschaft Uckermark in Nordostdeutschland. Die Migrationsgeschichte der Stadt erstreckt sich unter anderem von Hugenotten über Jüdinnen und Juden, Erntehelfer (sogenannte Schnitter), Zwangsarbeiter, Vertriebene und Geflüchtete aus den ehemaligen Ostgebieten sowie Vertragsarbeiterinnen bis zu Geflüchteten nach 2015.

Gemeinsam mit dem Heimatmuseum der Stadt Strasburg (Uckermark) und dem Uckermärkischen Heimatkreis Strasburg e.V. hat sich ein Autorinnen-Team von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in der Stadt auf die Spuren der Migration begeben. In sieben kurzen Kapiteln beschreiben die Autorinnen exemplarische Migrantengruppen, die zu ähnlichen Zeiten auch in anderen Teilen Ostdeutschlands ein neues »

Bild links: Heimatmuseum (l.), ehemaliges Pfarrhaus/Gemeindehaus (r.) und Marienkirche in Strasburg (Uckermark). Bild rechts: Teil der Ausstellung im Heimatmuseum Strasburg, im Schaukasten eine Hugenotten-Tracht.



Fotos: Ines Schröder



Fotos: Ines Schröder

2009 stellte der Strasburger Geschichtsverein im Ort einen Findling auf, darauf eine wetterfeste Platte mit der Inschrift „Zum Gedenken an die Flüchtlingstecks und die Vertriebenen im Zweiten Weltkrieg (1944/1945)“.

» oder temporäres Zuhause finden konnten. Historische Kontexte werden dargestellt, mögliche Quellen für eine Spurensuche benannt und Recherchewerkzeuge vorgestellt. In einem dritten Schritt werden anhand der Strasburger Migrationsgeschichte praktische Vorschläge gemacht, wie die erforschte Geschichte für die Vermittlung aufbereitet und sichtbar gemacht werden kann. Ein eigener praktischer Methodenteil gibt darüber Auskunft.

Migrationsgeschichte in Ostdeutschland. Zwei Einwanderungskulturen in Ost und West

Grundsätzlich erstreckten sich die verschiedenen historischen Migrationsphasen auf mehr oder weniger alle Regionen Deutschlands. Trotzdem können Unterschiede zwischen den Migrationsprozessen in Ost- und Westdeutschland ausgemacht werden. Sie sind unter anderem auf geografische und politische Umstände zurückzuführen. So nahm beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg die sowjetisch besetzte Zone

(SBZ) aufgrund ihrer geografisch nahen Lage zu Osteuropa mehr geflüchtete und vertriebene Deutsche aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie auf als die anderen Besatzungszonen. Das bedeutete für die SBZ eine enorme Herausforderung.

Als die Mauer im November 1989 fiel, lebten in der DDR 16,43 Millionen DDR-Bürger und mehr als 192.000 ausländische Staatsangehörige. Das entsprach etwa einem Prozent der DDR-Bevölkerung. Im selben Jahr lebten laut Statistischem Bundesamt in der Bundesrepublik 5,01 Millionen Ausländer, was einen Anteil von acht Prozent an der Bevölkerung ausmachte. Der Migrationshistoriker Jochen Oltmer spricht in einem Interview mit dem Mediendienst Integration sogar von zwei Einwanderungskulturen in Ost und West. Während Oltmer zufolge die Einwanderungskultur in der Bundesrepublik ihren Ursprung in der Arbeitsmigration der 1960er und 1970er Jahre hat, seien im Osten nach der Wiedervereinigung Zuwanderer vor allem als Asylbewerber gekommen, die nach dem Königsteiner Schlüssel den Neuen

Bundesländern zugeteilt wurden. Anders als Arbeitsmigranten, so folgert Oltmer, würden diese oftmals von der lokalen Bevölkerung eher als Belastung denn als eine Ressource angesehen. ■

Auf den Spuren von Migration in Strasburg (Uckermark). Eine Handreichung zur Spurensuche lokaler Migrationsgeschichte in Ostdeutschland.

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Kooperation mit dem Heimatmuseum Strasburg (Uckermark) und dem Uckermärkischen Heimatkreis Strasburg e.V., hrsg. von Annalena Baasch, Barnim Rödiger, Ines Schröder und Ruth Wunnicke. Berlin 2023.



Das Buch kann kostenfrei heruntergeladen werden unter:
<https://www.gegen-vergessen.de/verein/medien/publikationen/>

Unter info@gegen-vergessen.de können Sie das Buch auch kostenfrei bestellen.

Der jüdische Friedhof der Stadt Strasburg.



Ruth Wunnicke ist wissenschaftliche Referentin in der Fachgruppe Geschichtsvermittlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Frank Liebert

Vom Jugendaustausch zur Städtepartnerschaft

Stazzema – was man wissen sollte

Stazzema ist eine kleine Gemeinde in der Toskana und liegt etwa 25 Kilometer nordwestlich der Provinzhauptstadt Lucca. Zur Gemeinde Stazzema gehören insgesamt 18 Dörfer, die sich auf ca. 80 Quadratkilometern verteilen. In Stazzema leben knapp 3.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Obgleich die verstreuten Ortsteile etwa 20 Kilometer vom Meer entfernt im Landesinnern liegen, leben die Menschen vom Tourismus, von der Landwirtschaft und der Marmorproduktion. Carrara, der berühmte Ort des weißen Marmors, liegt 30 Kilometer von Stazzema entfernt.

Vorgeschichte und Beginn einer Partnerschaft

Mit dem Programm „Jugend gestaltet Zukunft – Internationale Jugendarbeit an Orten der Erinnerung in Europa“ fasste der Landesjugendhilfeausschuss des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) im Jahr 2008 einen Beschluss, mit dem das Engagement des Landes für Gedenkstätten- und Friedensarbeit fortgesetzt werden sollte. Die bisher kurzfristigen und projektbezogenen Maßnahmen sollten durch ein langfristiges, nachhaltiges Programm zur Erinnerungsarbeit und Völkerverständigung ersetzt werden. Mit Eigenmitteln des LVR-Landesjugendamts Rheinland sowie mit Mitteln des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) des Landes Nordrhein-Westfalen wurde das neue Programm ausgestattet.

Intention war und ist es, benachteiligten Jugendlichen aus der Jugendsozialarbeit Geschichtsbewusstsein zu vermitteln und sie an Erinnerungsorte zu bringen, an denen sie die Gräueltaten der jüngeren Geschichte kennenlernen und durch Kontakte zu Jugendlichen aus dem Gastland mögliche Vorbehalte und Vorurteile hinterfragen und ausräumen können.

Der Jugendhilfeträger SCI:Moers, hervorgegangen aus dem Service Civil International – Deutscher Zweig e.V., wurde aufgrund sei-



Foto: scimoers

Erinnerungsarbeit ganz praktisch und handfest – Jugendliche und junge Erwachsene arbeiten in Stazzema im Rahmen eines der Begegnungscamps.

ner langjährigen internationalen Erfahrungen und seines Engagements in der Freiwilligenarbeit als eine der ersten Jugendwerkstätten angesprochen, sich an dem Programm zu beteiligen und gemeinsam mit dem Landesjugendamt Gedenkstätten zu suchen, die bisher nicht im Fokus standen.

Über Rolf Fliß, den Bürgermeister der Stadt Essen, sowie über Maren und Horst Westermann, die durch Spendensammlungen den Neubau der Kirchenorgel in Sant’Anna di Stazzema ermöglichten, kam man auf den Ort in der Toskana. 2008 war er Ziel einer vom Landesjugendamt unter Beteiligung des SCI:Moers organisierten Delegationsreise.

Sant’Anna di Stazzema rückte als Ort des Gedenkens erst spät ins Licht der Öffentlichkeit, da die Staatsanwaltschaft in Italien durch widrige Umstände erst 1994 von dem schrecklichen Massaker vom 12. August 1944 erfuhren. Deshalb konnte das Klageverfahren gegen die deutschen Täter erst 50 Jahre nach der Tat eröffnet werden.

Das Ausmaß des Massakers geht aus der Anklageschrift hervor: „Am Morgen dieses 12. August rückten von Pietrasanta her SS-Einheiten der 16. SS-Panzergranadier-Division ‚Reichsführer-SS‘ unter dem Kommando von Anton Galler und Walter

Reder auf die Siedlungen von Sant’Anna vor, Einheiten der Wehrmacht – vermutlich das Bataillon der Gebirgsjäger Mittenwald – sperrten das Gebiet ab. In den Tagen vorher war es zu Schusswechseln mit Partisanen oberhalb des Dorfes gekommen, weshalb der Kampfeinsatz angeordnet wurde. Die Angreifer verteilten sich auf die Ortschaften des Dorfes. Dort trieben sie die Bewohner der Häuser auf Sammelplätze, in Stallungen und Hinterhöfe und ermordeten sie mit Handgranaten und Feuerwaffen. In Sant’Anna selbst wurden die Dorfbewohner vor der Dorfkirche mit Maschinengewehrfeuer niedergemäht. Die meisten Häuser der Siedlungen wurden niedergebrannt.“ Das jüngste Opfer, Anna Pardini, war gerade erst 20 Tage alt!

Die Gespräche mit der Bezirksregierung und der Gemeinde Stazzema im Jahr 2008 verliefen sehr harmonisch. Die italienischen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner begrüßten die Intention des Landschaftsverbandes und willigten in den Jugendaustausch sowie die geplanten Pflegearbeiten am Gedenkort ein. Besonders freundschaftlich gestaltete sich die Zusammenarbeit mit Enrico Pieri. Er hatte als Zehnjähriger das Massaker überlebt, während seine gesamte Familie ermordet wurde. Mit bewegenden Worten berichtete »



Eine Gedenkveranstaltung am 12. August, dem Jahrestag des Massakers, in Sant'Anna di Stazzema

er von seinen schlimmen Erlebnissen, ohne dabei ein Wort der Schuld in Richtung der deutschen Delegation zu formulieren. Im Gegenteil – er lud die deutschen Jugendlichen herzlich nach Sant'Anna di Stazzema ein. Sein Lebenswerk an der Gedenkstätte verband er mit der Hoffnung auf Frieden und ein vereintes Europa. 2020 erhielt er für seinen Einsatz für Völkerverständigung das Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Die Jugendbegegnungen des SCI

Im Jahr 2008 fand bereits die erste Jugendfahrt nach Sant'Anna di Stazzema statt. Mit vielen Fragen machten sich zehn Jugendliche aus Moers in Begleitung zweier Pädagogen auf den Weg. Ziel war es, an der Gedenkstätte die Geschichte des Ortes kennenzulernen und nach dem Motto „Lernen mit Herz, Hand und Kopf“ handwerkliche Arbeiten zu verrichten. Die Jugendlichen wurden gut auf dieses erste Friedenscamp vorbereitet, doch die eigentliche Dimension des Geschehenen vermittelte sich erst vor Ort: Die Geschichte des Zeitzeugen Enrico Pieri berührte die Jugendlichen und wirkte noch lange in ihnen nach.

Während des Aufenthalts in Stazzema wurden weitere Kontakte geknüpft, unter anderem zur Kunstschule in der Nachbargemeinde Pietrasanta. Dort wurde die Idee eines Austausches erfreut angenommen und führte in den folgenden Jahren zu zweimal jährlichen Treffen in Stazzema und Moers sowie nach zehn Jahren zu einem Partnerschaftsvertrag zwischen dem SCI:Moers und der Gedenkstätte in Sant'Anna.

Gemeinsam arbeiteten die Jugendlichen an der Gedenkstätte in Stazzema, wobei zum

Beispiel Skulpturen für die Gedenkstätte entstanden. In Moers beschäftigten sie sich ebenfalls mit der Aufarbeitung der Geschichte. In Kooperation mit dem Verein „Erinnern für die Zukunft“ gab es Stadtführungen, wurden die Stolpersteine in Moers gepflegt und Exkursionen zu Gedenkstätten in Deutschland unternommen, sodass die Jugendlichen auch hier von den Gräueltaten des Nationalsozialismus erfuhren. Diese Jugendbegegnungen und Friedenscamps finden – ausgenommen die Pandemiejahre 2020 und 2021 – bis heute zweimal jährlich statt.

Der 12. August

An jedem 12. August wird mit einer großen Veranstaltung der Opfer des Massakers in Sant'Anna di Stazzema gedacht. Aus der gesamten Region und weiten Teilen Italiens reisen Vertreterinnen und Vertreter der Regierung, Bürgermeister umliegender Gemeinden und internationale Gäste nach Sant'Anna und erinnern zum Zeichen gegen Krieg und Faschismus an die grausamen Ereignisse.

2012 nahm EU-Ratspräsident Martin Schulz am Gedenken teil und erfuhr von den Jugendbegegnungen und Friedenscamps. Er erklärte sich spontan bereit, die Schirmherrschaft für die Friedenscamps zu übernehmen, und erweiterte diese später in Brüssel auf das gesamte EU-Parlament.

Weitere Aktivitäten

In Stazzema gründete Bürgermeister Maurizio Verona 2018 die erste virtuelle antifaschistische Gemeinde. Aufgrund der zunehmenden Hetze und Hasskommentare in den sozialen Medien entsteht mit einer an-

tifaschistischen Charta eine Wertegemeinschaft als „soziale Stadt“, die sich aktiv für Demokratie, die Verfassung Italiens und ein friedliches Europa einsetzt. Unter <https://anagrafeantifascista.it/> kann man dieser Gemeinschaft beitreten, die bisher mehr als 62.000 Menschen erreichte. Auch Moers' Bürgermeister Christoph Fleischhauer warb in seiner Neujahrsansprache 2019 für diese Initiative.

Im Juli des Jahres 2020 erhielten Enrico Pieri und Enio Mancini das Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland. Die Vertreterin der deutschen Botschaft in Rom, Annette Walter, überreichte die Auszeichnung im Namen von Bundespräsident Steinmeier und würdigte den Einsatz der beiden Zeitzeugen für Frieden, Völkerverständigung und ihr Eintreten für ein vereintes Europa.

In Moers wurden Ideen zum Ausbau der partnerschaftlichen Beziehungen entwickelt. Kulturelle und sportliche Aktivitäten sollten die Gemeinden weiter zusammenführen. Der Partnerschaftsverein erhielt für seine Idee zu einem bilateralen Fotoprojekt einen Preis des nordrheinwestfälischen Ministeriums für Europaangelegenheiten: Die Ausstellung „Gesichter Europas“, für die Fotografen aus Stazzema und Moers Bürgerinnen und Bürger ihrer Gemeinden porträtierten, wurde in beiden Städten gezeigt.

Gründung der Städtepartnerschaft

Im September 2018 beschloss der Stadtrat von Moers einstimmig, die Städtepartnerschaft mit Stazzema einzugehen. Zur Unterstützung dieses Vorhabens gründete der SCI:Moers den Partnerschaftsverein Stazzema – Moers e.V., für den Bürgermeister Christoph Fleischhauer qua Amt den Vorsitz übernahm. Anlässlich der besonderen Gedenkfeier 2019 zum 75-jährigen Jahrestag des Massakers wurde die Städtepartnerschaftsurkunde in Stazzema in Anwesenheit des deutschen Botschafters offiziell unterzeichnet.

Dank der langfristig angelegten Förderung durch Nordrhein-Westfalen und den Landschaftsverband Rheinland entstand auf diesem Weg eine Städtepartnerschaft als Ergebnis der jährlich wiederkehrenden Begegnungen zwischen deutschen und italienischen Jugendlichen und ihrer gemeinsamen Erinnerungs- und Friedensarbeit. ■

Frank Liebert ist einer der Geschäftsführer des SCI:Moers und Geschäftsführer des Partnerschaftsvereins Stazzema – Moers e.V.

Stefan Meindl

Adolfo Kaminsky – Fälschen im Dienst der Menschlichkeit

Der Widerstandskämpfer Adolfo Kaminsky verhalf mit gefälschten Ausweispapieren Tausenden Menschen in ganz Frankreich dazu, vor den Nationalsozialisten zu entkommen. In einem Fälscherlabor der Résistance stellte er als Jugendlicher ab 1944 unermüdlich Dokumente für Verfolgte des Regimes her. Geld für seine Dienste lehnte er stets ab. Kaminski starb 97-jährig im Januar 2023. Sein Leben und Wirken lässt sich in der Gedenkstätte Stille Helden in Berlin erkunden. Eine biografische Rückschau.

Ende 1940 in der Normandie: In einer verlassenem Hütte am Rande der Kleinstadt Vire richtet der 15-jährige Sohn einer russisch-jüdischen Einwandererfamilie ein kleines Chemielabor ein. Behelfsmäßig trägt der schwächliche Jugendliche Reagenzgläser, Retorten und andere Laborutensilien in der kleinen Garage seines Onkels zusammen. Der Lehrling einer Färberei beginnt hier unablässig zu experimentieren – sein Ziel ist es, eine unlöschbare Tinte zu entwickeln. Sein Chef erkennt früh Adolfos besonderes Talent und übergibt ihm oft komplizierte Aufgaben. Der Junge schafft es, jeden Fleck, jede Unreinheit aus Kleidungsstücken zu entfernen. Er findet immer eine Lösung. Eine Fähigkeit, die sich noch als besonders wichtig in seinem Leben herausstellen sollte.

Ein Leben unter Verfolgung

Als Kaminskys Leidenschaft für chemische Experimente entbrennt, ist Frankreich bereits zweigeteilt und im Norden unter deutscher Besatzung. Die Militärverwaltung erlässt dort drakonische Maßnahmen – sie richten sich vor allem gegen die jüdische Bevölkerung. Entmündigung, Entrechtung und Enteignung sind die Konsequenzen. Ab 1942 folgen Massendeportationen aus der besetzten Zone, wobei die Nationalsozialisten stets auf eine symbiotische Kollaboration mit der berüchtigten Vichy-Regierung bauen können.

Kaminsky, 1925 in Argentinien geboren, ist vom grassierenden Antisemitismus unmittelbar betroffen. Seine Arbeit in der örtlichen Fabrik, die ab 1940 für die deutsche Luftwaffe produziert, muss er aufgeben. Die Kaminskys, darunter Adolfo drei Geschwister, wähen sich aufgrund



Adolfo Kaminsky in Paris, 1944

ihrer argentinischen Staatsbürgerschaft zunächst in Sicherheit vor den Nationalsozialisten. Als die Mutter Ende 1940 jedoch unter ungeklärten Umständen ums Leben kommt, vermutet der junge Adolfo, dass sie ermordet wurde. Gewissheit über das Schicksal seiner Mutter erhält er zeitlebens nie.

Auf dieser schmerzlichen Verlusterfahrung fußt Kaminskys entschlossener und energischer Widerstandsgeist. In der Kleinstadt Vire knüpft er Kontakte in die Résistance – er baut Zünder, um Eisenbahngleise zu sabotieren, und übernimmt Kurierdienste.

Im Oktober 1943 wird die Familie festgenommen und in das Sammellager Drancy verschleppt – die Zeit reicht gerade noch, um ein Buch über Chemie einzupacken. Die argentinische Staatsbürgerschaft der Familie erweist sich jedoch als ein glückliches Los. Die Kaminskys können nach

zweimaliger Internierung einer weiteren Deportation entgehen und kommen frei – anders als die rund 76.000 Jüdinnen und Juden aus Frankreich, die zwischen 1942 und 1944 in den Vernichtungslagern ermordet werden. Um der zusehends prekären Situation – die Verfolgung von Jüdinnen und Juden verschärft sich fortwährend – zu entgehen, beschließt die Familie, gefälschte Ausweispapiere zu organisieren. Eine neue, „falsche“ Identität muss her.

Der 18-jährige Adolfo wird von seinem Vater beauftragt, über einen Mittelsmann der Sixieme, einer jüdischen Widerstandsgruppe, Ausweisdokumente für sich und seine Familie abzuholen. Als er sich in einem Gespräch als vielversprechender Chemiker ausweist, nimmt seine Biografie eine folgenreiche Wendung.

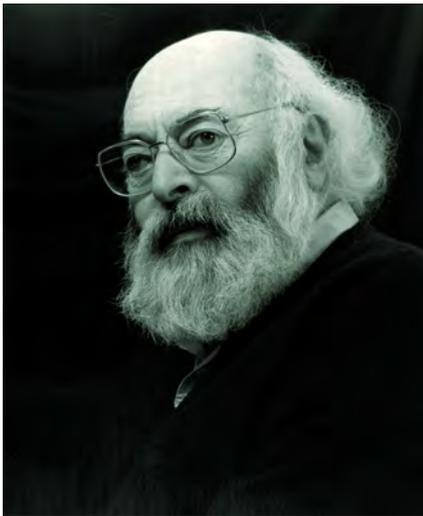
Das richtige Leben im falschen

Ausgestattet mit Papieren und einer neuen Identität wird Kaminsky, der nun den elsässisch anmutenden Namen *Julien Keller* trägt, von der Widerstandsgruppe angeworben. Das Fälscherlabor der Sixieme befindet sich im 7. Arrondissement von Paris und ist als Künstleratelier getarnt. Der gewiefte Chemie-Enthusiast ist eine willkommene Bereicherung für das streng geheime Fälscherteam der Gruppe.

„Das Labor betrat niemand, außer denen, die dort arbeiteten, das heißt Loutre, Suzie und ich, und Nènuphar“, erinnert sich Kaminski später. Unermüdlich fälscht die Gruppe hier ab 1944 Ausweispapiere, Lebensmittelkarten und andere Dokumente, vorrangig für Jüdinnen und Juden. Anfänglich geht es darum, das eingestem- »

Foto: Privatbesitz Sarah Kaminsky

Foto: Privatbesitz Sarah Kaminsky



Adolfo Kaminsky in den 1990er Jahren

» pelte „Juif“ (Jude) aus den Dokumenten zu entfernen und akzentuiert jüdische Namen zu ändern. Später werden in Präzisionsarbeit auch gänzlich neue Ausweise hergestellt. Kaminsky stößt dabei an seine

körperlichen und psychischen Grenzen. Die enorme Anzahl an zu fälschenden Dokumenten, oft bis zu 500 pro Woche, erzeugt starken Druck. Kaminsky berichtet: „... es gab immer eine Angst, nämlich zu wissen, dass der kleinste Fehler meinerseits bedeutete, jemanden zum Tode zu verurteilen.“

An ein Aufhören denkt er nicht, schließlich ist er fest davon überzeugt, das Richtige zu tun: „Natürlich ist alles, was ich getan habe, illegal, aber wenn das Gesetz komplett gegen die Menschlichkeit verstößt, muss man sich dagegen wehren.“ Die gefälschten Dokumente bewahren Tausende vor Deportation und Tod.

Ein „stiller Held“

Zeit seines Lebens bleibt Adolfo Kaminsky ein bescheidener Mensch, er lebt in einfachen Verhältnissen und verzichtet auf

eine Inszenierung als Held. Geld für seine genialen Fälscherdienste lehnt der Widerstandskämpfer stets ab, auch nach dem Zweiten Weltkrieg, als er Ausweise für politisch Verfolgte auf der ganzen Welt fälscht. Bis 1971 laufen Kaminskys Labor-tätigkeiten auf Hochtouren – unermüdlich setzt er sich für Unterdrückte und Verfolgte ein. Ein Leben voller Entbehrungen. Als alter Mann, der mit seinem schlohweißen Bart eher an einen gemächlichen Großvater als an einen Meisterfälscher denken lässt, erklärt er sein Prinzip: „Geld zu nehmen, bedeutet: Man wird abhängig. Wenn ich mich hätte bezahlen lassen, hätte man Forderungen stellen können.“

Adolfo Kaminski starb am 9. Januar 2023 in Paris. Seine Tochter Sarah veröffentlichte 2009 eine Biografie ihres Vaters. Auch auf Youtube finden sich zahlreiche Videos, die über seinen eindrucksvollen Werdegang berichten. ■

Stefan Meindl war Gedenkdiener an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und studiert in Wien Zeitgeschichte und Medien.

Anzeige

pressreader™

Jetzt auf PressReader lesen!

GET IT ON Google Play

Download on the App Store

Jette Franke

Die Nordstadtliga – mehr als Fußball

Wer von Dortmund und Fußball spricht, meint meist den BVB. Und wer die Geschichte des Bundesliga-Clubs gut kennt, weiß zudem, dass Borussia Dortmund der Nordstadt enger verbunden ist als jedem anderen Stadtteil der Ruhrgebietsmetropole. Schon seit mehr als 20 Jahren gibt es in der Dortmunder Nordstadt aber noch ein anderes Fußballthema, das für Aufmerksamkeit sorgt. Denn im Jahr 2001 wurde dort die Nordstadtliga gegründet - ein besonderes Straßenfußballprojekt, das auch bei den Profis vom BVB gut ankommt.

Die Dortmunder Nordstadt ist mit rund 60.000 Einwohnern ein recht großer und sehr kinderreicher Stadtteil, der zugleich große Probleme mit Armut hat. Die Straßenfußballliga wurde damals vom Jugendamt Dortmund und der AWO Streetwork sowie dem Fanprojekt Dortmund e.V. ins Leben gerufen. Die Liga läuft übers ganze Jahr und ist für Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Altersklassen und mit verschiedenen ethnischen, religiösen und kulturellen Backgrounds offen. Auch die Mädchen haben im August 2022 ihr eigenes Fußballprojekt gegründet, die „Nordstadtliga-Queens“.

Die Nordstadtliga erreicht Jugendliche, die von Rassismus und Ausgrenzung betroffen sind, die in den Schulen oft Probleme haben, die sonst aus verschiedenen Gründen einfach unter dem Radar der Aufmerksamkeit laufen. Auch die Mitgliedschaft in normalen Fußballvereinen wäre eine Hürde für viele von ihnen. Die Nordstadtliga ist niedrigschwelliger. Hier fühlen sich die Jungen und Mädchen anerkannt, öffnen sich vielleicht auch und berichten über ihre Schwierigkeiten, die dann gemeinsam bearbeitet werden können.

Mirza Demirović – Das Herz der Nordstadtliga

Geleitet wird das Projekt seit Ende 2019 von Mirza Demirović, anfangs ehrenamtlich, inzwischen gibt es eine Finanzierung für seine Stelle. Er lernte die Nordstadtliga schon 2010 kennen, als der Sozialarbeiter im Rahmen seiner Arbeit mit Geflüchteten ein Team der Liga begleitete. Er kennt die spezifischen Verhältnisse in der Nordstadt besser als viele andere, weil er nach seiner Flucht aus Bosnien in den 1990ern selbst dort gelebt hat. Das erleichtert seine Zugänge zu den Kids.

NORDSTADTLIGA

■ Zitat: „Es geht immer um die Kinder und Jugendlichen und deren Wünsche und Bedürfnisse. Ich bin glücklich, wenn die Kids glücklich sind“

Mehr als nur Fußball

Die Nordstadtliga ist also nicht nur ein Ort zum Fußballspielen. Projektleiter Mirza Demirovic sagt, dass mit der Nordstadtliga die Vermittlung einer Haltung verbunden ist, die sozialen Ungleichheiten, Rassismus und Antisemitismus entgegenwirken soll:

„Wir stehen dafür, dass wir uns gegen jegliche Diskriminierung engagieren, also gegen Ausgrenzungen, von denen auch die Teilnehmenden der Liga häufig betroffen sind.“

Politische Bildung geht auch mit Ball

Verbunden mit dem Sport werden auch politische Themen vermittelt. So wird in der Liga der Mehmet-Kubaşık-Cup ausgetragen, der an die Opfer des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) erinnert. Eines der NSU Opfer war der aus der Nordstadt kommende Mehmet Kubaşık. Er prägte einst den legendären Satz: „Heute spielt Heimat, heute spielt Dortmund.“ Aber auch am Heinrich-Czerkus-Lauf beteiligte sich die Nordstadtliga, in Gedenken an den ehemaligen Platzwart von Borussia Dortmund, einen kommunistischen Widerstandskämpfer während des Nationalsozialismus.

»



Projektleiter Mirza Demirović

» Zudem sind Antisemitismus und Gadjé-Rassismus Themen für die Beteiligten, etwa im Rahmen des „Djelem Djelem“-Festivals in Dortmund.

In Zusammenarbeit mit Patrick Owomoyela, einem ehemaligen Nationalspieler des BVB, konnte an verschiedenen Schulen, beispielsweise der Anne-Frank-Gesamtschule in Dortmund, der Film „Schwarze Adler“ gezeigt werden. Der Film thematisiert die Erlebnisse Schwarzer Spieler aus dem deutschen Profifußball und ihre Erfahrungen mit Rassismus. Im Nachhinein haben die Kinder und Jugendlichen gemeinsam mit Patrick Owomoyela über das Thema Rassismus und dem Umgang damit diskutiert.

In der Saison 2022/2023 wurde im Rahmen des Ligabetriebs eine komplette Woche lang das Projekt Europe direct durchgeführt. Kinder und Jugendliche hatten die Möglichkeit, sich über die Angebote der EU zu informieren, gleichzeitig Kritik und Wünsche zu äußern. 350 Kinder aus der Nordstadt haben an diesem einwöchigen Projekt teilgenommen.

„Herr*innen ihrer Lage“

Oberstes Prinzip der Nordstadtliga ist Eigenverantwortung. Die Kinder und Jugendlichen organisieren sich selbst. Die einzelnen Teams dürfen sich nennen, wie sie wollen, es darf nur nichts rassistisches, diskriminierendes oder dezidiert politisches beinhalten.

Wir spielen fair – wir sind immer fair zu den anderen, wir haben immer ein offenes Ohr für alle! Zitat und Motto der Kids aus der Nordstadtliga

Für schwerwiegendere Fouls oder Beleidigungen ist der Ligarat zuständig, der aus den Kapitänen aller Teams besteht. Der Ligarat trifft sich vor den Spieltagen und bespricht mögliche Strafen und Konsequenzen. Soll er für eine Woche oder doch nur für zwei Spieltage gesperrt werden? Darf sie überhaupt wiederkommen?

„Die Jugendlichen sind Herr*innen ihrer Lage“, sagt Mirza Demirović.

Respektpokal

Neben dem Pokal für die beste fußballerische Leistung und dem Mehmet-Kubaşık-Cup gibt es in der Nordstadtliga einen weiteren Pokal zu gewinnen, der viel größer ist als der normale Siegercup: den Respektpokal.

Die Teams starten mit drei Punkten in den Spieltag, für respektloses Verhalten oder Diskriminierung jeglicher Art werden Punkte abgezogen. Auch hier gilt: Die Jugendlichen entscheiden selbst über die Regeln und die Abzugsverfahren.

Am Ende der Saison wird der Respektpokal von Edin Terzić überreicht, dem Trainer von Borussia Dortmund. Ihm ist die Unterstützung der Nordstadtliga eine Herzensangelegenheit, wie er in einer Dokumentation des TV-Senders Sky sagte. Das Respektpokal-Gewinnerteam darf außerdem mit dem Mannschaftsbus quer durch die Stadt zum Fußballtraining von Borussia Dortmund fahren. Dort bekommen die Teammitglieder eigene BVB-Trainingsachen.

Die Stiftung des BVB, „leuchte auf“, ist Ende 2020 finanziell in das Projekt eingestiegen. Sie unterstützt seit 2012 gemeinnützige Projekte insbesondere in Dortmund und dem Ruhrgebiet.

Mirza wünscht sich für die Zukunft Stabilität, ein erstes Ziel wurde jetzt erreicht: Die Nordstadtliga hat jetzt ein festes Büro. Als Ort hätten sie keine schönere Adresse wählen können als den Borsigplatz 09, denn in unmittelbarer Nähe wurde der Verein Borussia Dortmund einst gegründet. ■

» **Jette Franke** macht ihr Freiwilliges Soziales Jahr Politik in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Michael Parak

Wir müssen neue Zugänge und Formate finden

Zum Umgang mit „systemkritischen Demokraten“ – nächste Schritte

Für den „Deutschland-Monitor 2023“ (www.ostbeauftragter.de/ostb-de/aktuelles/deutschland-monitor-2023-2253230) wurden von Mai bis Oktober 2023 umfassende Befragungen durchgeführt. Unter anderem wurden auch Einstellungen zur Demokratie in Deutschland abgefragt. Dabei ging es um drei Bewertungsdimensionen: a) die Anerkennung der Idee der Demokratie als bevorzugte Form politischer Herrschaft, b) die Zufriedenheit mit der Verfassungsordnung der Bundesrepublik, c) die Bewertung der Art und Weise, wie die Demokratie hierzulande funktioniert.

Auf dieser Basis stellten die Forschenden vier Gruppen zusammen, deren Einstellungen zur Demokratie sich unterscheiden:

- 1) „Antidemokraten“: Menschen, die die Idee der Demokratie generell ablehnen und auch mit deren Funktionieren unzufrieden sind – ca. 1 Prozent der Befragten.
- 2) „Systemkritische Demokraten“: Menschen, die zwar die Idee der Demokratie prinzipiell gutheißen, aber sowohl mit ihrer in Deutschland gegebenen Verfassungsform als auch ihren praktischen Leistungen hadern – ca. ein knappes Fünftel der Befragten; in ostdeutschen Bundesländern annähernd ein Drittel. Dieser Typus ist mit Abstand am häufigsten in der Anhängerschaft der AfD zu finden.
- 3) „Politikkritische Demokraten“: Menschen, die manches im politischen System für änderungsbedürftig halten, ohne zugleich fundamentale Systemkritik im Sinne zu haben – ca. ein Viertel der Befragten.
- 4) „Zufriedene Demokraten“: Diese stellen in Deutschland aktuell insgesamt die Mehrheit, kommen in den ostdeutschen Bundesländern jedoch nur auf 42 Prozent. Diesem Typus lassen sich 85 Prozent derer zuordnen, die mit Bündnis 90/Die Grünen sympathisieren, aber nur 9 Prozent derer, die der AfD nahe stehen.



Viele Menschen blicken ratlos auf den Aufschwung antidemokratischer Kräfte in Deutschland. Um Lösungen für den Umgang damit zu finden ist es wichtig zu unterscheiden, welche unterschiedlichen Antriebskräfte für diese Entwicklung eine Rolle spielen.

Die momentanen Umfrageergebnisse sind überaus beunruhigend. Offensichtlich hat die Partei AfD, deren Parteieliten nach Einschätzung der Landesämter in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Gruppe der „Antidemokraten“ zählen, eine hohe Wahrscheinlichkeit, eine große Anzahl von Stimmen aus der Gruppe der „systemkritischen Demokraten“ zu erhalten. Diese Menschen sind nicht kritisch gegenüber dem politischen Betrieb und der „Performance“ der gegenwärtigen Akteure eingestellt. Sie stellen mehr und mehr die Systemfrage, ob sie das liberale Demokratiemodell westlicher Prägung für geeignet halten, die Zukunftsfragen zu lösen. Sie sind offen für andere politische Modelle, die sie für demokratisch halten.

Um zu verhindern, dass sich die Gruppe der „systemkritischen Demokraten“ in großem Umfang und auf Dauer der Partei AfD zuwendet, ist es erforderlich, diese Menschen noch stärker in den Blick zu nehmen. Nächste Schritte dazu könnten sein:

1. Mehr Wissen über diesen Personenkreis vermitteln, um daraus zielgerichtete Strategien zu entwickeln

Wirksame Strategien gegen die AfD setzen voraus, dass diese zielgerichtet ansetzen. Dafür bedarf es mehr Wissen über die Zusammensetzung und Motivlagen der Wählerinnen und Wähler, von denen ein großer Teil den „systemkritischen Demokraten“ zugerechnet werden kann. Bislang wird noch nicht hinreichend mit den vorhandenen Erkenntnissen gearbeitet. Weitere tiefgehende Studien sind erforderlich.

Zwei Beispiele:

- Nach der neuesten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung haben 24,1 Prozent der Menschen, die die AfD als Parteipräferenz angeben, ein manifestes rechtsextremes Weltbild. Im Umkehrschluss können drei Viertel der möglichen AfD-Wählerinnen und -Wähler nicht klar als rechtsextrem bezeichnet werden. »

Foto: Adobe Stock | # 279290803 | Valmedia

» ■ Die Organisation More in Common e. V. kann belegen, dass nicht mehr nur sogenannte „Wütende“ die AfD wählen, sondern auch „Enttäuschte“ und „Pragmatische“. Diese Menschen werden bei ihrer Wahlentscheidung weniger von Nationalismus und Rassismus angetrieben als vielmehr von Enttäuschungs- und Ungerechtigkeitsgefühlen sowie Bezuglosigkeit zur Politik, die einen Parteiwechsel als unproblematisch erscheinen lässt.

Aus dieser Differenzierung – wie auch aus anderen Forschungsergebnissen – wird deutlich, dass es eben kein alleiniges Rezept zur Auseinandersetzung mit größeren Personengruppen gibt. Grobe Vereinfachungen (wie z. B. „Wer Nazis wählt, ist ein Nazi“) können dazu führen, dass eine relevante Anzahl von Menschen nicht angesprochen wird. Zielgerichtete Strategien sind differenziert und bedürfen einer soliden Wissensbasis.

2. Eine eigene differenzierte Haltung zur Gruppe der „systemkritischen Demokraten“ finden

Sind die „systemkritischen Demokraten“ nicht eigentlich doch „Antidemokraten“ – oder sind sie einfach „politikkritisch“, was doch in einer Demokratie möglich sein sollte? Eine so große Zahl von Menschen kann nicht über einen Kamm geschoren werden. Ein pauschales Urteil ist nicht hilfreich für das Entwickeln effektiver Strategien.

Ein Beispiel:

■ Mitte 2023 zeichnete sich in der Öffentlichkeit auf der Grundlage der Studie „Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextremen Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern“ folgendes Bild ab: 60 Prozent der Ostdeutschen stimmen der Aussage „Deutschland braucht eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft verkörpert“ zu. Diese Sicht hat mehr etwas mit der eigenen Sichtweise als mit den tatsächlichen Studienergebnissen zu tun. Denn tatsächlich antworteten 9,4 Prozent mit „stimme voll zu“, 18,8 Pro-

zent mit „stimme überwiegend zu“ und 24,9 Prozent mit „stimme teils zu / teils nicht zu“ (dies wurde als latente Zustimmung bewertet).

Unter den „systemkritischen Demokraten“ ist zweifelsfrei auch demokratie- und menschenfeindliches Gedankengut vertreten. Dessen Ausmaß ist jedoch sehr unterschiedlich. Dazu eine differenzierte Haltung zu finden bleibt schwierig.

3. Zusammentragen von Erfahrungswissen und Bildung eines Netzwerks von Akteuren, die tätig werden wollen

Bislang wird in der Bildungs- und Präventionsarbeit kein besonderer Fokus auf „systemkritische Demokraten“ gelegt. Bisherige Angebote richten sich vornehmlich an engagierte Demokratinnen und Demokraten, die unterstützt werden sollen, oder zielen auf die Bekämpfung von Demokratiefeinden ab. Träger der politischen Bildung haben wenige Berührungspunkte mit Menschen, die dem politischen System Demokratie kritisch gegenüberstehen. Dabei geht es weniger um die Parteilite der AfD als um mögliche Sympathisanten.

Erforderlich ist, das Erfahrungswissen, das einzelne Akteure im Umgang mit diesen Menschen gemacht haben, zusammenzutragen und unter den aktuellen Herausforderungen zu analysieren und zu bewerten. Hierbei sollte auch ein Augenmerk darauf gelegt werden, welche Bedürfnisse „systemkritische Demokraten“ haben und welche Fähigkeiten und Erfahrungen sie für die Entwicklung neuer Zugänge und Formate mitbringen.

Diese Aufgabe des Zusammentragens sollte am besten über ein Netzwerk realisiert werden, das einen breiten inhaltlichen Austausch und die Bereitstellung von Informationen übernimmt.

4. Neue Zugänge und Formate entwickeln und ausprobieren

Während der gegenwärtigen Herausforderungen hat eine steigende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern ihr Vertrauen in die Fähigkeit der Politik verloren, Probleme zu

lösen. Ein geringes Vertrauen in die Institutionen des demokratischen Rechtsstaats wie auch mangelnder Zukunftsoptimismus sind deutliche Warnsignale für das politische System.

Einen Reset-Knopf, der die Systemkritik verschwinden lässt, gibt es nicht. Auch scheint keine der bisher praktizierten Maßnahmen allein die Lösung zu bieten. Deshalb gilt es, vielfältiger zu werden, neue Zugänge und Formate für „systemkritische Demokraten“ zu entwickeln und auszuprobieren. Es braucht Kontaktflächen und Begegnungen, auch wenn diese ungewohnt sind und zunächst schwerfallen.

Zugleich müssen auch Vertreterinnen und Vertreter des demokratischen Systems zeigen, dass es sich verbessern und weiterentwickeln kann. Ein nachdenklicher, positiver, kooperativer Politikstil; eine respektvolle politische Kommunikation und eine Politik, die Orientierung bietet und gleichzeitig den Bürgern Mitwirkung zutraut, wären dafür schon ein guter Anfang. ■

Dr. Michael Parak ist Historiker und Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Weitere Umfrageergebnisse zum Thema finden Sie in der folgenden Übersicht.

Zahlen und Zitate aus aktuellen Studien zu Demokratieentwicklung und Demokratiefeindlichkeit

1.



Regina von Görtz: Jung. Kritisch. Demokratisch. Perspektiven junger Erwachsener auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Hrsg. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2024.

www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/jung-kritisch-demokratisch

Umfragezeitpunkt: Februar bis April 2023

Vertrauen in Institutionen

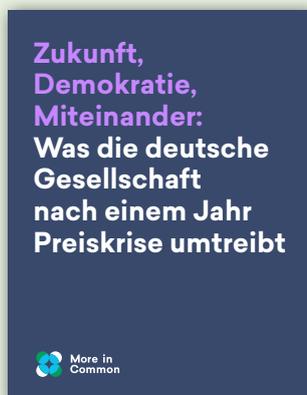
„Mehr als jede bzw. jeder zweite Befragte zwischen 18 und 30 Jahren (52 Prozent) äußert Misstrauen in die Regierung, 45 Prozent von ihnen mangelt es an Vertrauen ins Parlament. In anderen europäischen Ländern ist das Misstrauen gegenüber Regierung und Parlament mit 58 und 54 Prozent sogar noch ausgeprägter. Ältere Menschen haben ebenfalls wenig Vertrauen in Regierung (49 Prozent) und Parlament (46 Prozent). Auch das Misstrauen gegenüber Medien (60 Prozent) und Religion (58 Prozent) ist unter jungen Menschen in Deutschland hoch, ebenso wie bei Älteren in Deutschland (53 und 62 Prozent). Die jungen Menschen in anderen europäischen Ländern misstrauen den Medien ebenfalls häufig (56 Prozent), Religion wird in anderen europäischen Ländern hingegen weniger Misstrauen entgegengebracht (49 Prozent).“ (S. 6–9)

Wenig optimistischer Blick auf die Zukunft

„Insgesamt blicken sowohl die jungen als auch die älteren Menschen relativ pessimistisch in die Zukunft. Wenn es um ihre Erwartungen geht, wie sich verschiedene Aspekte der Welt verändern werden (z. B. das Klima, der Lebensstandard oder die Einkommensungleichheit), erwarten die Menschen viel eher, dass sich die Dinge verschlechtern oder gleich bleiben, als dass sie sich verbessern. Allerdings sind die jüngeren Menschen in Deutschland optimistischer (18 Prozent) als die Älteren (7 Prozent), wenn auch nicht so optimistisch wie die jüngeren Menschen in anderen europäischen Ländern (22 Prozent). Die Erkenntnisse deuten darauf hin, dass sowohl die jüngere als auch die ältere Generation wenig Vertrauen in die politische Bewältigung künftiger Herausforderungen hat.“ (S. 14)

„In Anbetracht der bevorstehenden Wahlen ist es essenziell, dieses (noch vorhandene) Vertrauen zu bewahren und weiter zu stärken. Um dies zu erreichen, empfiehlt sich eine vorausschauende Politik, die gezielt auf die Bedürfnisse und Anliegen der jungen Menschen eingeht.“ (S. 18)

2.



Zukunft, Demokratie, Miteinander:

Was die deutsche Gesellschaft nach einem Jahr Preiskrise umtreibt.

Hrsg. More in Common e. V., Berlin 2023 (siehe auch Zeitschrift 116).

www.moreincommon.de/media/3zblrdq/more_in_common_studie_preiskrise_zusammenhalt.pdf

Umfragezeitpunkt: Mai 2023

Aufwärtstrend des Rechtspopulismus in dieser Krise

„Die Befunde zeigen: Die deutsche Gesellschaft steht unter Stress und gerade das Urteil über die politische Ebene fällt hart aus. Das sollte uns aufmerken lassen. Denn dieses negative Urteil über die Krisenpolitik ist zwar einerseits Momentaufnahme, spielt sich aber vor dem Hintergrund einer ohnehin schon großen Distanz vieler Menschen zum politischen Betrieb ab. [...] Wo der Missmut in der Breite wächst, wächst im Schlepptau auch die potenzielle Zahl derer,

die sich offen zu den Rechtspopulisten bekennen. Die AfD legt zu, weil sie erfolgreich aus einem wachsenden Reservoir an negativen gesellschaftlichen Energien schöpfen kann.

Wichtig ist deshalb, dass die relevanten Akteure in Politik, Zivilgesellschaft und Medien möglichst nuanciert wissen, wer in der Bevölkerung da gerade zur Unterstützung der AfD neigt – und aus welchen (womöglich unterschiedlichen) Motiven heraus. Um »

- » es offen zu sagen: Ein pauschales Urteil über diese Menschen ist nicht hilfreich für das Entwickeln effektiver Gegenstrategien. [...] Außerdem scheint in der Krise ein besonderer Einkommenseffekt bei der AfD-Unterstützung am Werk: Im Moment bekennen sich vor allem Menschen mit geringstem Haushalts-Nettoeinkommen (unter 1.500 Euro) mit 29 Prozent weit überdurchschnittlich zur AfD-Wahlabsicht. Zwar sahen wir in vielen unserer bisherigen Erhebungen eine Ballung von AfD-Wählerinnen und -Wählern bei den geringsten Einkommen; zurzeit aber ist der Trend besonders deutlich. Hier kommt mit hoher Wahrscheinlichkeit die oben beschriebene Tatsache ins Spiel, dass diese Gruppen die Inflation viel unmittelbarer erleben. Die Krise ist für sie einfach bedrohlicher.“ (S. 27–28)

3.



Frank Brettschneider: Rechtspopulismus, Verschwörungs-Erzählungen, Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen in Deutschland, 2023.

Eine Studie der Universität Hohenheim, Stuttgart 2023.

www.uni-hohenheim.de/fileadmin/uni_hohenheim/Aktuelles/Uni-News/Pressemitteilungen/2023-08_Populismus_und_Demokratie.pdf

Umfragezeitpunkt: Juli 2023

Populismus und Verschwörungsmythen

„Gut ein Viertel der Bundesbürger glaubt, dass Politik in Deutschland von ‚geheimen Mächten‘ gesteuert wird.

Ebenfalls ein Viertel meint, die Regierenden ‚betrügen das Volk‘. Mehr als die Hälfte der Bundesbürger sehen Politiker als abgehoben an.

Ein Fünftel bis ein Viertel der Bundesbürger unterstellt den Massenmedien Manipulation. Sie würden die Bevölkerung systematisch belügen. Deutlich weiter verbreitet sind Forderungen nach härteren Strafen für Verbrecher.

Nur 13 Prozent der Bundesbürger misstrauen der Wissenschaft oder der Polizei. Aber um die 50 Prozent misstrauen den Parteien oder der Bundesregierung. Je rechtspopulistischer das Weltbild einer Person ist, desto größer ist ihr Misstrauen.

Aus der Gruppe mit dem stärksten rechtspopulistischen Weltbild misstrauen 48 Prozent der Wissenschaft, 89 Prozent dem Fernsehen, 93 Prozent den politischen Parteien und 96 Prozent der Bundesregierung.“

4.



Sachsen-Monitor 2023.

Hrsg. dimap. Bonn 2024.

www.staatsregierung.sachsen.de/download/dimap-Ergebnisbericht-Sachsen-Monitor-2023.pdf

Umfragezeitpunkt: 23. Juni bis 30. September 2023

Soziale Gerechtigkeit und Ressentiments

„Deutschlands Verfasstheit wird von den Befragten zunehmend kritisch gesehen. Dies gilt für Fragestellungen der Gerechtigkeit wie auch für das Institutionenvertrauen. So sind fast zwei Drittel der Auffassung, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht. Auch möchte nur eine knappe Mehrheit der Aussage zustimmen, dass man selbst einen gerechten Anteil erhält. Überhaupt werden die Chancen für die soziale Durchlässigkeit den Befragten zufolge verschlechtert. Soziale Schichten werden weniger durchlässig empfunden, die Chancen des Aufstiegs verkleinern sich. [...]

Der allgemeine Blick auf die Zukunft ist wenig optimistisch. Gut zwei Drittel der Befragten sind der Auffassung, dass es kommenden Generationen schlechter gehen wird. Die Befragten sind fast einhellig von einer zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft überzeugt. [...]

Bei Ressentiments und sogenannter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind deutliche Zuwächse festzuhalten, die vor allem im Kontext der Aussage stehen, dass Deutschland ‚durch die vielen Ausländer [...] überfremdet ist‘. Auffällig bei den Ressentimentindikatoren ist die Variabilität der Zustimmungszunahmen im Vergleichszeitraum von faktisch nicht messbar (Rassismus) bis zur deutlichen Zunahme (Ressentiments gegen Muslime).“ (S. 39–40)

5.

Sabine Pokorny: Bäumchen wechsel dich? Politische Einstellungen im Wandel. Ergebnisse aus drei repräsentativen Trendumfragen.

Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2024.

www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/baumchen-wechsel-dich-politische-einstellungen-im-wandel**Umfragezeitpunkt: Dezember 2022 bis Dezember 2023**

„Die Parteisympathie erfasst eine grundlegende emotionale Haltung zu einer Partei, die sich im Wahlverhalten niederschlagen kann, aber nicht muss. Eine Kombination aus Sonntagsfrage und der Frage nach einer alternativen Wahlabsicht zeigt, dass die Wechselbereitschaft aktuell gering ausgeprägt ist. Insgesamt geben 50 Prozent der Wählerinnen und Wähler an, sich nicht vorstellen zu können, eine andere Partei als die bei der Sonntagsfrage genannte zu wählen. Zum Vergleich: 2020 konnten sich 26 Prozent der Wählerinnen und Wähler keine Wahl einer anderen Partei vorstellen (Neu/Pokorny 2021), nach der Bundestagswahl 2021 waren es 40 Prozent.

Besonders hoch ist dieser Anteil in der Wählerschaft der AfD. 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler der AfD können sich nicht vorstellen, eine andere Partei zu wählen. Die gestiegene Sympathie der AfD-Wählerschaft für CDU und CSU macht sich nicht in Form einer Zweitwahlpräferenz bemerkbar. Nur 9 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler nennen als Alternative die CDU/CSU. 11 Prozent geben eine andere, kleinere Partei an. Die Potenziale der FDP und der Linken innerhalb der AfD-Wählerschaft liegen unter 5 Prozent. [...] (S. 34)

Der Zeitvergleich zeigt eine deutliche Rechtsverschiebung der AfD-Wählerschaft in nur sechs Monaten. Zwischen Juni und Dezember 2023 ist die Wählerschaft der AfD in ihrer Selbsteinstufung um einen ganzen Skalenpunkt nach rechts gerückt.“ (S. 40–41)

6.

Was AfD-Wähler in Ostdeutschland bewegt – und umstimmen könnte,

in: Stern vom 17. Januar 2024. Forsa-Umfrage.

www.stern.de/politik/deutschland/afd-umfrage-was-ihre-waehler-in-ostdeutschland-bewegt-34371414.html**Umfragezeitpunkt: 7. bis 10. Januar 2024****Die Ministerpräsidenten könnten den Ausschlag geben**

„Die amtierenden Ministerpräsidenten könnten ein entscheidender Faktor sein, Wahlsiege der AfD in Sachsen, Thüringen und Brandenburg zu verhindern. Mit dem CDU-Ministerpräsidenten von Sachsen sind selbst 28 Prozent der AfD-Stammwähler ‚zufrieden‘. Wohingegen die AfD-Spitzenkandidaten in den drei Bundesländern selbst bei den eigenen Stammwählern krachend durchfallen:

Thüringen: Björn Höcke halten lediglich 28 Prozent der AfD-Stammwähler (und nur sechs Prozent aller Wahlberechtigten) für einen besseren Ministerpräsidenten als Amtsinhaber Bodo Ramelow von der Linkspartei.

Sachsen: Den AfD-Spitzenkandidaten Jörg Urban halten nur 16 Prozent der AfD-Stammwähler (und drei Prozent aller Wahlberechtigten) für besser als CDU-Amtsinhaber Michael Kretschmer.

Brandenburg: Nur 12 Prozent der AfD-Stammwähler sehen Birgit Bessin als eine bessere Spitzenkandidatin an als SPD-Amtsinhaber Dietmar Woidke.

Stammwähler und ‚Zuwanderer‘

Die Stammwähler wollen es mehrheitlich bleiben: In den drei Ost-Bundesländern sind bis zu 85 Prozent nach eigenen Angaben unverrückbar fest entschlossen, im September AfD zu wählen. Von den AfD-Wählern, die erst 2021 zu Anhängern wurden (also den ‚Zuwanderern‘), können sich zwischen 35 und 41 Prozent immerhin noch vorstellen, bei den Landtagswahlen eine andere Partei als die AfD zu wählen. Unter den potenziellen AfD-Wählern liegt dieser Anteil bei 59 bis 70 Prozent.

Der Untersuchung zufolge entscheiden sich 54 Prozent der Stammwähler in Sachsen, 40 Prozent in Brandenburg und 38 Prozent in Thüringen für die AfD, weil sie von den politischen Vorstellungen der Partei überzeugt sind. Wohingegen sich die ‚Zuwanderer‘ in allen drei Ländern vor allem deshalb für die Partei entschieden, weil sie mit der Politik der Bundesregierung unzufrieden sind.“

Im Zeichen der 30-jährigen Vereinsgeschichte

Mitgliederversammlung und Preisverleihungen in Freiburg im Breisgau

Auf der Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Freiburg im Breisgau konnten die Teilnehmenden im November 2023 auf 30 Jahre Vereinsgeschichte zurückblicken. Zahlreiche Projekte, Initiativen und Ausstellungen haben aus dem Verein heraus seitdem die Demokratietarbeit und die Erinnerungskultur in Deutschland mitgeprägt.

Der Vereinsvorsitzende Andreas Voßkuhle ging in seiner Rede jedoch auch auf den Umfrageaufschwung rechtspopulistischer Kräfte ein. Die vielbeschworene „Immunitisierung“ gegen demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen habe sich leider nicht eingestellt. Voßkuhle: „Für aktuelle Fragen, Probleme und Herausforderungen müssen stets auch aktuelle Antworten gefunden werden.“ In einer Plakatumfrage waren die Mitglieder aufgefordert, ihre eigenen Gedanken und Vorstellungen zu verschriftlichen (siehe Kasten).

Angesichts vieler antisemitischer Vorfälle in Deutschland seit dem Überfall der Hamas auf die Bevölkerung in Israel betonte Voßkuhle in seiner Rede, dass wir alle verpflichtet seien, unser Möglichstes zu tun, um Antisemitismus zu bekämpfen: „Für Antisemitismus darf es in Deutschland keinen Platz geben. Antisemitische Straftaten müssen konsequent verfolgt und, wo es geht, verhindert werden.“ Das Zusammenleben in einer Migrationsgesellschaft berge auch Konfliktpotenzial, vor dem die Augen nicht verschlossen werden dürften. Dabei gelte es jedoch zu vermeiden, in eine populistische Falle zu tappen und Antisemitismus nur als Problem eingewanderter Muslime zu betrachten. „Ich wohne in Freiburg“, sagte Voßkuhle, „und weiß, dass auch die israelitische Gemeinde hier vor Ort seit Jahren wieder vermehrt mit antisemitischen Vorfäl-

len zu kämpfen hat. Dieser Antisemitismus ist tief verwurzelt und kommt von vielen Seiten.“

Ergebnisse der Vorstandswahlen

Bei den anschließenden Wahlen des Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden sowie des Vorstandes wurde Andreas Voßkuhle mit der überwältigenden Mehrheit von 99 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und zwei Enthaltungen für zwei weitere Jahre zum Vorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gewählt. Mit ähnlich deutlichen Ergebnissen wurden Iris Gleicke, Christine Lieberknecht, Cem Özdemir und Linda Teuteberg in ihren Ämtern für die vier Stellvertreterposten bestätigt.

Veränderungen gibt es hingegen in der Zusammensetzung des Vorstandes. Einstimmig wurde von der Mitgliederversammlung entschieden, dieses Gremium künftig auf insgesamt 30 Personen zu begrenzen. Die Liste der nun gewählten Vorstandsmitglieder finden Sie auf der letzten Seite dieses Heftes.

Sonderpreis für Ibrahim Arslan

Für viele Anwesende ein Höhepunkt der Mitgliederversammlung: Die Verleihung eines Sonderpreises anlässlich des 30. Jah-

restages der Vereinsgründung an Ibrahim Arslan. Arslan überlebte am 23. November 1992 als Siebenjähriger einen der beiden rassistisch motivierten Brandanschläge auf von türkischen Familien bewohnte Häuser in Mölln. Er verlor dabei seine Schwester Yeliz Arslan, seine Cousine Ayşe Yılmaz und seine Großmutter Bahide Arslan. Heute engagiert sich Ibrahim Arslan dafür, die Perspektive von Betroffenen rechtsextrem, rassistischer und antisemitischer Gewalt als zentrales Element in der Gedenkkultur zu verankern.

Ibrahim Arslan stellt sich als Zeitzeuge und politischer Bildner für Gesprächsrunden zur Verfügung, spricht in Bildungseinrichtungen mit Jugendlichen und Studierenden über die traumatische Erfahrung rassistischer Gewalt und versucht, gemeinsam mit ihnen neue Wege des würdevollen Erinnerns, des Gedenkens und des gesellschaftlichen Umgangs damit zu finden. Darüber hinaus hält Ibrahim Arslan Kontakt zu zahlreichen anderen Betroffenen, etwa Angehörigen von Opfern des NSU und der Anschläge in Hanau und Halle. (Siehe Zeitschrift 116.)

Die von Rechtsextremen verübten Brandanschläge von Mölln im November 1992 waren ein Grund dafür, dass Politikerinnen und Politiker verschiedener Parteien wenige Monate später den Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ins Leben riefen. Gründungsvorsitzender war der 2020 verstorbene ehemalige SPD-Chef Hans-Jochen Vogel.

Seit zehn Jahren arbeitet der Verein mit Ibrahim Arslan zusammen. Der Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a. D. Andreas Voßkuhle sagte: „In seiner langjährigen Zusammenarbeit mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Bereich der politischen Bildung hat Ibrahim Arslan nicht nur den Teilnehmenden seiner Workshops, sondern auch

Blick ins Publikum während der Mitgliederversammlung.



Foto: Silvie Kühne



Der Träger des Vereins-Sonderpreises Ibrahim Arslan wurde im Rahmen der Mitgliederversammlung über Video zugeschaltet. Für sein Engagement erhielt Arslan Standing Ovation vom Publikum im Historischen Kaufhaus von Freiburg im Breisgau. *Bild rechts:* Bei der Preisverleihung (v.l.): Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle, Prof. Dr. Steffen Mau, vom Goethe-Gymnasium Bensheim Tjark Hirsch, Lehrer Florian Schreiber, Magdiel Ponce Siwa, Jana Meyer, Paula Lamb, Nele Meckbach, Hyeryeong Noh und Preisstifter Dr. Nikolaus Netzer.



vielen Vereinsmitgliedern einen wichtigen Perspektivwechsel ermöglicht. Der Verein ist ihm für sein Engagement zu großem Dank verpflichtet.“

Am Abend wurden schließlich der Waltraud-Netzer-Jugendpreis und der Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ verliehen.

Waltraud-Netzer-Jugendpreis 2024

Letzterer ging an Schülerinnen und Schüler des Goethe-Gymnasiums in Bensheim. Laut Jurybegründung wurden sie geehrt, weil sie mit viel Aufwand und großem Erfolg die Lebensgeschichten ehemaliger jüdischer Schülerinnen ihrer Schule recherchierten und die Ergebnisse anschließend den Familien der Nachkommen zugänglich machten.

So konnten zwölf Familien in den USA und in Großbritannien detailliertes Wissen über das Schicksal ihrer Eltern, Groß- und

Urgroßeltern erhalten. Außerdem wurden auf Grundlage der Recherchen an verschiedenen Orten mittlerweile 67 neue Stolpersteine verlegt, die von der gesamten Schulgemeinschaft über Patenschaften finanziert wurde. Zu den Verlegungen reisten einige Angehörige selbst nach Deutschland, andere verfolgten den Ablauf über eine Videokonferenz.

Preisträgerin Paula Lamb berichtete, dass sie im Laufe der Recherchen eine emotionale Verbindung zu dem Thema entwickelt habe, die sie mit anderen teilen möchte: „Für mich besteht ein Auftrag aus diesem Projekt: das Erinnern an diese Ereignisse und den Dialog fortzusetzen.“

Andreas Voßkuhle sagte: „Die Schülerinnen und Schüler aus Bensheim haben einen starken Beitrag zur Erforschung lokaler Geschichte geleistet. Darüber hinaus tun sie im intensiven Austausch mit betroffenen Familien viel für die gegenseitige Verständigung.“

Neben engen persönlichen Kontakten entstanden auch Ideen für neue Forschungsprojekte. Zurzeit läuft zum Beispiel ein Verfahren zur Ehrung des Retters einer ehemaligen Schülerin als „Gerechter unter den Völkern“ in Yad Vashem. Mit dem Preisgeld soll unter anderem der letzte im Projekt noch ausstehende Stolperstein für die ehemalige Schülerin Edda Jonas finanziert werden.

Preis Gegen Vergessen – Für Demokratie

Der Soziologe Steffen Mau ist in Freiburg im Breisgau mit dem Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ausgezeichnet worden. Mau wurde für seine Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Polarisierungstendenzen geehrt. Demnach weist der Professor für Makrosoziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin anschaulich nach, dass Deutschland entgegen weitläufigen Annahmen keine in zwei Lager gesplante Gesellschaft ist, »

PLAKATBEFRAGUNG

Während der Mitgliederversammlung waren die Teilnehmenden eingeladen, sich auf verschiedenen Plakaten zu positionieren, etwa zur Frage, mit welchen Prinzipien sie persönlich Demokratie vor allem verbinden. Gar nicht so einfach, hier Prioritäten zu setzen. Am Ende stand die Freiheit ganz oben auf der Agenda, im Gegensatz zur Sicherheit. Aber auch Selbstverwirklichung und Gemeinschaft gehören für viele Mitglieder wesentlich zur Demokratie.

Auf einem weiteren Plakat ging es um Werte, die persönlich am wichtigsten sind. Hierbei konnten die Mitglieder drei Werte aus einer Liste verschiedener Optionen auswählen. Die Ergebnisse zeigten, wie breit die Palette von Prioritäten hier ist, wobei Gemeinschaft, Toleranz und Vielfalt zu den am häufigsten gewählten Werten gehören.

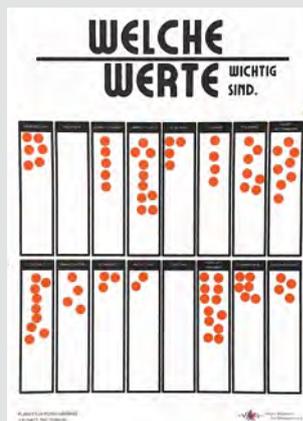
Berührend zu lesen waren die Momente, die den Mitgliedern in ihrer Zeit bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., besonders eindrücklich im Gedächtnis geblieben sind. Vor allem der Dialog zwischen Menschen, zwischen Gruppen, zwischen Generationen war es, der die verschiedenen Geschichten geeint hat. Dies zeigt, wie wichtig es ist, weiterhin offen zu bleiben für den Kontakt zu unseren Mitmenschen, über die Grenzen des eigenen Umfeldes hinweg.

Schließlich wurden aktuelle Anliegen gesammelt. Einige Mitglieder äußerten Ängste um unsere Demokratie, während andere sich gegen den Antisemitismus und für eine offensiveren Bekämpfung dieses Phänomens

aussprachen. Ebenso wurde die Notwendigkeit betont, wie bisher weiterhin in der Demokratiebildung aktiv zu sein und auch zivilgesellschaftliche Initiativen gegen rechtsextreme und populistische Strömungen zu unterstützen.

Unser Dank gilt allen Mitgliedern, die sich an den Plakaten beteiligt haben. Auch über solche Methoden ist es möglich zu überprüfen und zu justieren, in welche Richtungen der Verein sich in seiner Arbeit künftig bewegen wird.

Adela Đulović

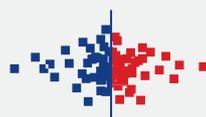


» sondern einer „zerklüfteten Konfliktlandschaft“ gleicht. In seinen Analysen zeigt Mau die dort zu beobachtenden Bruchstellen kollektiver Solidarität auf. Seine breit diskutierten Veröffentlichungen über den deutsch-deutschen Einigungsprozess und dessen Folgewirkungen beschreiben zu-

dem sozialstrukturelle Umbrüche und die ostdeutsche Mentalität mit großem Einfühlungsvermögen und analytischer Klarheit. (Siehe auch Seiten 7–8.)

Andreas Voßkuhle, Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Präsi-

dent des Bundesverfassungsgerichtes a. D. sagte: „Steffen Maus' Arbeiten liefern wichtige Hinweise dafür, dass Politik, Medien und Zivilgesellschaft ihren Blick stärker auf weniger sichtbare Gruppen in der Mitte der Gesellschaft richten sollten, wenn sie den Zusammenhalt stärken wollen.“ ■



Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

In eigener Sache

Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

mit Ihrer Mitgliedschaft geben Sie der Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Ihre Stimme und einen Auftrag. Zugleich unterstützen Sie die Arbeit auch finanziell. Ohne Ihre Mitgliedsbeiträge wären die vielfältigen Aktivitäten zur Stärkung der Demokratie, die unser Verein durchführt, nicht möglich. Dafür danken wir Ihnen herzlich.

Auch an unserem Verein gehen die allgemeinen Kostensteigerungen leider nicht spurlos vorbei. Aus diesem Grund hat die Mitgliederversammlung am 25. November 2023 in Freiburg im Breisgau den Beschluss gefasst, **den regulären Jahresbeitrag ab dem Geschäftsjahr 2024 von 80 auf 100 Euro zu erhöhen**. Die Mitgliedsbeiträge werden dementsprechend automatisch angepasst werden. Der nächste Bankeinzug erfolgt zum 30. April 2024.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist es gelungen, den Beitragssatz über viele Jahre stabil zu halten. Die letzte Beitragserhöhung fand zum 1. Januar 2007 statt, als der Mitgliedsbeitrag von 60 auf 80 Euro erhöht wurde. In der Aussprache, die dem auf der Mitgliederversammlung 2023 gefassten Beschluss voranging, wurde deutlich, dass eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge immer ein schwieriger Schritt ist. Wichtig war der Mitgliederversammlung, dass sich niemand durch die Erhöhung des Beitrages genötigt sehen sollte, aus dem Verein auszuscheiden.

Deshalb wurde auch beschlossen, den **ermäßigten Beitragssatz weiterhin bei 30 Euro zu halten**. Zudem soll das deutliche Signal an die Mitglieder gesendet werden, dass wir niemanden verlieren möchten: **Bitte schreiben Sie uns unter mitgliederversammlung@gegen-vergessen.de oder rufen Sie uns an unter 030/26 39 78 3, wenn diese Erhöhung Sie überfordert. Wir können dann den Mitgliedsbeitrag abbuchen, der für Sie leistbar ist.** Für alle Mitglieder, die bereits einen erhöhten Mitgliedsbeitrag zahlen, läuft die Abbuchung wie gewohnt weiter.

Zur Stärkung der Demokratie gehört auch, von Zeit zu Zeit über Geld zu reden, ohne das wir unsere so wichtige Arbeit nicht leisten könnten. Wir bitten daher um Verständnis für den von der Mitgliederversammlung beschlossenen Weg, mit dem wir Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gemeinsam auch weiterhin ein kraftvolles Mandat geben.

Mit freundlichen Grüßen

Eva Schmierer
Schatzmeisterin

Dr. Michael Parak
Geschäftsführer

P.S.: Wir möchten Sie auf die Möglichkeit hinweisen, Ihren Mitgliedsbeitrag zusätzlich freiwillig zu erhöhen. Dies ist unkompliziert per E-Mail möglich an mitgliederversammlung@gegen-vergessen.de. Damit schaffen Sie eine zusätzliche Förderung, die in unsere ehrenamtliche Arbeit vor Ort fließt. Denn wir alle wissen um die aktuellen Herausforderungen.

Stella Krekeler

In Frankfurter Schulen gibt es jetzt Debattierkünstler*innen

Zum 175-jährigen Jubiläum der ersten Nationalversammlung in der Paulskirche entstanden in Frankfurt am Main mehrere Projekte zur Stärkung der Demokratie. Die Ausbildung junger Debattierkünstler*innen ist eines davon. Es zielt darauf ab, neben der Wissensvermittlung auch die Teilhabe junger Menschen zu fördern und demokratische Praktiken für sie erlebbar zu machen.

Besonders ist, dass für das Projekt mehrere spannende Partner erstmals kooperierten. Das PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung und die Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Main entwickelten das Angebot in Zusammenarbeit mit dem Projekt „Frankfurt streitet!“ des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) unter aktiver Beteiligung der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Initiiert wurde es von der Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main, Till Lieberz-Groß, sowie von Laura Friedrich und Stefan Kroll vom PRIF. Die Idee zum Projekt basiert auf Lieberz-Groß' langjährigen Erfahrungen als Schulleiterin in Frankfurt:

*„Schüler*innen brauchen Erfahrungen im Debattieren. Ihnen sollte Handwerkszeug bereitgestellt werden, mit dem sie Argu-*

mente zu ihnen wichtigen Themen sammeln, prüfen und dann so einsetzen können, dass sie gehört werden und Einfluss auf den Diskurs nehmen.“

Das Projekt will junge Menschen dafür sensibilisieren, dass Diskussionen ein wichtiger Bestandteil einer lebendigen Demokratie sind. In Workshops erlernen sie konstruktives Debattieren, rhetorische Fähigkeiten und Regeln für produktive »



» Gespräche. Die Befähigung der Jugendlichen, (politische) Debatten und deren Bedeutung im demokratischen Zusammenleben einerseits besser zu verstehen und sich andererseits auch in Debatten souverän einbringen zu können, sind ein wesentliches Anliegen des Projekts.

Ein Baustein zur Demokratieförderung

Nicht nur die Idee zum Projekt wurde im Wesentlichen von der RAG Rhein-Main erdacht, auch die Vernetzung der verschiedenen Kooperationspartner sowie der Kontakt zu interessierten Schulen wurde vor allem durch Till Lieberz-Groß hergestellt und vorangetrieben. Die Fachgruppe „Jugendbildung und Kompetenzstärkung“ der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. unterstützte das Projekt bei der inhaltlichen Umsetzung. Markus Huth (Jugendbotschafter) und Michael Seib (Coach) konzipierten im Auftrag der Geschäftsstelle einen achtstündigen Workshop, der anschließend bereits an fünf Frankfurter Schulen umgesetzt wurde. Wichtiger Bestandteil des Workshops sind die Grundlagen des Argumentierens, denn so Michael Seib:

„Die Kunst des Debattierens besteht darin, einen Standpunkt rhetorisch geschult und prägnant zu vertreten und sich dar-

über mit anderen auszutauschen. Daher wird das Debattieren auch als die ‚Königsform der Rhetorik‘ bezeichnet.“

Das Trainingskonzept beruht auf Freiwilligkeit und dockt an den vorhandenen Kompetenzen der Schüler*innen an. Die erlernte Theorie wird im Workshop sofort ausprobiert. Zugleich basiert das Konzept auf dem Ansatz der Peer-Education: Die teilnehmenden Schüler*innen werden im Workshop dazu befähigt, die Inhalte an andere Jugendliche weiterzugeben und so als Multiplikator*innen zu wirken.

Die Reaktionen auf die bisher durchgeführten Workshops waren sehr positiv, wie die beiden Coaches berichten können. Markus Huth:

„Das Projekt wurde als tolle und abwechslungsreiche Auffrischung über das Debattieren wahrgenommen. [...] Die Vermittlung der Grundlagen rhetorischer Hilfen wurde als sehr hilfreich angesehen, und die praktische Umsetzung, selbst eine Debatte zu führen, wurde äußerst positiv hervorgehoben. Einige Schülerinnen und Schüler berichteten von einem enormen Entwicklungseffekt im Verlauf des Workshops.“

Über diese Rückmeldungen kann man sich freuen, ein großer Wunsch bleibt am Ende des Modellprojektes jedoch offen. Initia-

torin Lieberz-Groß betont: „Wichtig war mir, dass alle weiterführenden Schulformen angesprochen werden.“ Dieses Ziel wurde bisher nicht erreicht, vier Gymnasien und eine Kooperative Gesamtschule waren 2023 am Projekt beteiligt. Für eine Weiterführung wäre es erstrebenswert, auch Real- oder Berufsschulen sowie noch weitere Gesamtschulen einzubinden. Ein zukünftiges Augenmerk soll daher auf die gezielte Ansprache dieser Schulformen gelegt werden.

Auch für 2024 gilt laut Lieberz-Groß das Ziel, „die Debattierfähigkeit und die Demokratiefähigkeit junger Menschen zu fördern, damit sie als aktiv-kreative Bürger*innen unsere Demokratie weiterentwickeln und konstruktiv gestalten können“. ■

Die Kooperationspartner

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

PRIF analysiert die Ursachen internationaler und innerstaatlicher Konflikte und sucht nach Wegen, sie zu lösen. Das Institut verbindet interdisziplinäre Grundlagenforschung mit dem Transfer von Wissen in Politik, Medien und Gesellschaft. Die schulische und außerschulische politische Bildung ist für das Friedens- und Konfliktforschungsinstitut daher ein wesentlicher Bestandteil seiner Arbeit. PRIF stellt für Schüler*innen grundlegendes Wissen über die gegenwärtigen Krisen, ihre Ursachen und Lösungsmöglichkeiten in verschiedenen Angeboten bereit, um sie zu befähigen, an politischen Prozessen in einem globalen Kontext teilnehmen zu können. Die Angebote entstehen unter anderem über den Austausch mit der pädagogischen Fachpraxis und Schüler*innen selbst, etwa im Kontext von PRIF@Schule, einem von PRIF initiierten Netzwerk zwischen Friedensforschung und Bildungspraxis.

Netzwerk Paulskirche – Demokratie im Kommen

Das im Frühjahr 2021 gegründete Netzwerk Paulskirche hat das 175. Jubiläum der ersten Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche zum Anlass genommen, durch die Entwicklung und Umsetzung verschiedener Projekte Demokratie als konkrete Lebensform zu stärken und mit Blick auf die neuen globalen Herausforderungen zu erweitern. Unter dem Titel „Demokratie als Lebensform!“ erarbeitete das Netzwerk Paulskirche ein umfangreiches Programm im Jubiläumszeitraum im Mai 2023 und darüber hinaus. Einige der Projekte sollen langfristig in einem Frankfurter „Haus der Demokratie“ fest etabliert werden, das einen lebendigen Demokratieort in Ergänzung zur Paulskirche darstellt. 2020 hatte PRIF im Auftrag der Stadt Frankfurt unter der Leitung von Prof. Dr. Nicole Deitelhoff in einer Konzeptstudie inhaltliche Leitlinien dazu entwickelt, wie die Paulskirche zu einem lebendigen Demokratiezentrum werden kann.

Laura Friedrich

Stella Krekeler ist Projektkoordinatorin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in der Fachgruppe Jugendbildung und Kompetenzstärkung.

Carsten Rose

Zweiter bundesweiter Kongress „Netzwerk Demokratiestarke Polizei“

Die Polizeiakademie Niedersachsen und die Konferenz der polizeilichen Hochschulen und Fachbereiche der Länder und des Bundes veranstalteten in Zusammenarbeit mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Oktober 2023 in Hannover ihren zweiten Demokratiekongress. Unter großem Medieninteresse nutzten über 300 Gäste die Fachtagung zum intensiven Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, Polizei, Wissenschaft und Politik.

Am ersten Tag ging es vorrangig um Demokratiewerkarbeit in und mit der Polizei. Für den Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zeigte Geschäftsführer Michael Parak auf, wie eine gute Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Polizei funktioniert. Das vom Verein und der Polizeiakademie Niedersachsen 2019 erarbeitete und inzwischen in Niedersachsen etablierte Konzept zur strukturellen Verankerung von Demokratiewerkarbeit in der Polizei wurde als Best-Practice-Beispiel hervorgehoben. Der Leiter der Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiewerkarbeit an der Polizeiakademie Dirk Götting betonte:

„Demokratiewerkarbeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In der Polizei Nieder-

sachsen wirken mittlerweile über 100 Demokratiewerkpaten, die wir gemeinsam mit dem Verein qualifiziert haben. Sie gestalten eine Fülle von Projekten.“

Das Weiterbildungsprogramm wird dank der finanziellen Förderung der Stiftung Mercator mittlerweile nicht nur in Niedersachsen weiter verfestigt, sondern auch erfolgreich in andere Länderpolizeien (aktuell Schleswig-Holstein und Thüringen) überführt. Wolfgang Rohe, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stiftung Mercator, begründet das strategische Interesse:

„Die Polizei vollzieht das Gewaltmonopol in unserem Staat. Bei der Durchsetzung von Gesetz und Ordnung muss sie

der großen Verantwortung gerecht werden, alle Menschen gleich zu behandeln. Kommen daran Zweifel auf, ist die Demokratie in Gefahr.“

Der Vorsitzende des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Andreas Voßkuhle, ergänzte in seiner Keynote:

„Den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist die Demokratie im besonderen Maße anvertraut. Die Polizei verteidigt nicht nur die demokratische Verfassungsordnung, wenn sie gefährdet ist. Die Polizei vermittelt in ihrem gesamten Auftreten auch die demokratischen Werte unseres Gemeinwesens.“

»

Prof. Dr. Dr. mult. h.c. Andreas Voßkuhle, Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hielt die Keynote-Speech.



Foto: © Polizeiakademie Niedersachsen

Fotos: © Polizeiakademie Niedersachsen



In großer Runde: Demokratietatinnen und -paten diskutieren mit Vertretern von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

» In gleicher Weise stärkte Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens der Demokratietarbeit der Polizei den Rücken:

„Unsere niedersächsischen Polizistinnen und Polizisten sind die ersten Verteidiger der Demokratie. Sie stehen fest auf dem Boden unseres Grundgesetzes. Lassen Sie nicht locker und bleiben Sie auch bei Gegenwind auf diesem Weg.“

In 24 Fachforen wurden Forschungsprojekte und praktische Erfahrungen der Demokratietarbeit präsentiert sowie Diskriminierungstendenzen in Form von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und bezüglich LSBTIQ diskutiert. Im Rahmen einer begleitenden Messe wurden Projekte vorgestellt. Der Bogen reichte von Themenwochen zur

Demokratie, über Partnerschaften mit Gedenkstätten, bis hin zu einem modularen Programm, bei dem der persönliche Austausch und die intensive Kommunikation zwischen Polizeiangehörigen und Zivilgesellschaft moderiert durchgeführt wird. Über 30 Stände spiegelten Initiativen der Demokratietarbeit aus einzelnen Bundesländern und aus dem gewerkschaftlichen Bereich wider. Man nutzte die Möglichkeit zum intensiven und kontroversen Dialog.

Der Journalist und ehemalige Herausgeber der FAZ, Werner D'Inka, betonte am zweiten Kongresstag in seinem Impuls die besondere Verantwortung der Menschen in der Polizei für das Ansehen der Demokratie und das Vertrauen der Bevölkerung. Eine Einschätzung, die auch Niedersach-

sens Landtagspräsidentin Hanna Naber in ihrer Keynote teilte.

Die beiden intensiven Tage des Austauschs und der Diskussion verdeutlichten den Bedarf, den bundesweiten Kongress als festen Termin in Hannover zu etablieren. Er ist ein Baustein in unserem Bestreben, die Polizei zukunftssicher gegen alle Formen demokratieschädlicher Einflüsse abzusichern. Dieser Kongress hat die Idee der demokratiestarken Polizei nach innen weiter gefestigt und zugleich Strahlkraft nach außen erzeugt. Er zeigt, dass die Menschen in der Polizei verlässliche Partner in der aktuell so wichtigen gesamtgesellschaftlichen Demokratietarbeit sind. Gemeinsam wirkungstärker sein, das ist unsere Strategie.

Intensiver Austausch an den Messeständen während des zweiten Bundeskongresses „Netzwerk Demokratiestarke Polizei“.



Das Besondere des Projektes bleibt weiterhin die strukturelle Verankerung des Programms in der Polizeiorganisation und dass diejenigen Polizeibeschäftigten, die sich über die tägliche Arbeit hinaus für unsere Demokratie einsetzen wollen, gestärkt werden. So kann erfolgreiche Bildungsarbeit aussehen, die nicht nur bei Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ein Demokratieverständnis verfestigt, sondern auch vom aktiven Diskurs mit unterschiedlichen und meinungsbildenden Vertretern der Zivilgesellschaft lebt. Vielleicht ein Anstoß auch für andere öffentliche Verwaltungen. ■

Carsten Rose ist Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen und Mitglied im Vorstand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Münsterland

„Die Polizei kann nicht bloß ein Spiegel der Gesellschaft sein.“

Podiumsdiskussion der Kreispolizeibehörde Coesfeld zu ihrem 70-jährigen Bestehen

Die Kreispolizeibehörde Coesfeld beging ihr 70-jähriges Bestehen nicht nur mit einer Feier, sondern stellte sich den kritischen Stimmen und Stimmungen der vergangenen Jahre: Gibt es strukturellen Rassismus bei der Polizei? Diese Frage wurde bei einer Podiumsveranstaltung kontrovers und konzentriert diskutiert.

Der Blick lag dabei auf professioneller Polizeiarbeit in Kreisen und Kommunen im Rahmen des ebenfalls 70 Jahre alten Polizeiorganisationsgesetzes. An der Diskussion im Bürgerzentrum „Schulze Frenkings Hof“ in Nottuln-Appelhülsen nahmen Landrat Christian Schulze Pellengahr, Landtagsabgeordneter Dietmar Panske, Bürgermeister Wilhelm Sendermann aus Olfen als Sprecher der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kreisgebiet sowie Stefan Querl teil, Sprecher der Regionalarbeitsgruppe im Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., der auch die Villa ten Hompel in Münster leitet.

Thomas Eder, Leitender Polizeidirektor und Hauptreferent des Abends, spannte einen geschichtlichen Bogen von Preußen bis zur Polizei in Nordrhein-Westfalen seit Verabschiedung des Gesetzes 1953. Eder ging dabei auf verschiedene Beispiele von Behördenversagen an unterschiedlichen Orten in Geschichte und Gegenwart ein, so im Zuge der Shoah, in der sich Polizeieinheiten in den besetzten Gebieten während des Zweiten Weltkriegs an NS-Massenverbrechen zuvorderst beteiligten. Er plädierte dafür, das polizeiliche Handeln heute stets selbstkritisch zu hinterfragen und unter engmaschiger demokratischer Kontrolle zu halten. Zum Beispiel auch durch das gesetzlich vorgegebene Heranrücken der Polizei an die Kommunalverwaltung, was sich unter anderem in der Rolle des Landrates als dem Dienstherrn der Kreispolizeibehörde abbilde. Als Polizeidirektor sei er, so Eder, eben ein Abteilungsleiter.

Stefan Querl warnte davor, dass das Gift gesellschaftlicher Fliehkräfte, die auf Spaltung zielten, tiefer in den Polizeiparappat eindringe. Präventiv müsse es nachhaltige



Foto: Nadine Judds

Volles Haus im Bürgerzentrum „Schulze Frenkings Hof“ in Nottuln-Appelhülsen: Der Leitende Polizeidirektor Thomas Eder (vorne am Pult) war Hauptreferent des Abends mit einem Bogen von der Polizeigeschichte bis in die Gegenwart.

interne Strategien und externe Bildungsangebote gegen Rassismus und Antisemitismus sowie für demokratische Resilienz geben. Nicht nur für Anwärtinnen und Anwärter allein, sondern in allen Alters- und Dienstgruppen, wie der Leiter des Geschichtsortes der Stadt Münster es mit Beispielen aus der Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. unterlegte. Als Beispiel beschrieb er das Projekt zur strukturellen Verankerung von Demokratiearbeit in der Polizei, das gemeinsam mit der Polizeiakademie in Nienburg an der Weser in Niedersachsen entwickelt wurde und von der Stiftung Mercator gefördert wird (siehe auch Seite 31). Neben der Polizei in Niedersachsen sind mittlerweile auch die Polizeien der Länder Rheinland-Pfalz,

Schleswig-Holstein und Thüringen dabei. Polizei könne nämlich nicht, betonte Stefan Querl auf dem Podium, „bloß ein Spiegel der Gesellschaft sein. Sie muss noch vorbildlicher handeln“. So könne sie Grund- und Menschenrechte schützen, diese aber auch in den eigenen Reihen sicherstellen.

Mehr zur Veranstaltung online:
<https://coesfeld.polizei.nrw/artikel/70-jahre-polizeiorganisationsgesetz>

RAG Münsterland

Stefan Querl

Höchst hoheitlich und dabei handgemalt

Kreative „Passfälscher“ aus der Klasse 8c des Ratsgymnasiums in Münster lernen im Kunstunterricht und mit der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland, was es in der NS-Zeit bedeutete, unter einem anderen Namen untertauchen zu müssen.

„Ihre Papiere bitte“ – Rainer Stoye bleibt höflich, aber bestimmt, und er verneigt sich bei der vermeintlichen Einlasskontrolle in den Geschichtsort Villa ten Hompel das Lachen. Denn die Pässe, die dem Hauptkommissar mit viel Humor von Jugendlichen an dem Morgen vorgelegt werden, sind nicht nur durchweg gefälscht, sondern auch noch kunterbunt. Kreativ gestaltet als persönliche Werke, die im Fachunterricht des Künstlers Ruppe Koselleck in der 8c des Ratsgymnasiums Münster entstanden sind: ein Spaß mit sehr ernstesten Themen im Hintergrund.

Die engagierte Klasse der Mittelstufe hat sich mit den Lehrkräften und ihrem Fachreferendar Lukas Schötz, Mitglied der RAG Münsterland, auch damit beschäftigt, was es früher im NS-Staat für Verfolgte bedeutete, sich unter einem anderen Namen als dem eigenen verstecken zu müssen. Oder was es hieß, in ständiger Angst vor Verrat, Razzien oder Entdeckung zu leben, mit gefälschten Pässen oder illegal abgezweigten Lebensmittelkarten.

Viele Biografien, Filme und persönliche Quellen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen belegen solche Verfolgungsschicksale. Auch in der Dauerausstellung „Geschichte Gewalt Gewissen“ in der Villa ten Hompel ist das Thema vertreten. Die Klasse schaut sich diese nach der „Passkontrolle“ an, von der alle wissen, dass sie inszeniert ist. Dennoch lautet die Rückmeldung der Klasse: „Es ist unheimlich aufregend, plötzlich von einem uniformierten Polizisten kritisch zur eigenen Person befragt zu werden.“

Die Schülerinnen und Schüler haben sogar eigene Nationen für ihre „amtlichen“ Unterlagen in Kunst erfunden: RAVE zum Beispiel, das „Reich aller Völker Europas“. „Das verschwundene Atlantis taucht auch mal auf“, sagt Ruppe Koselleck. Ebenso



Im Kunstunterricht besuchte die 8c des Ratsgymnasiums die Villa ten Hompel – mit Pässen aus der eigenen Kreativwerkstatt. Bei allem Spaß am „Fälschen“ setzten die Jugendlichen sich gemeinsam mit dem Künstler Ruppe Koselleck (mittig hinten) auch mit der ernstesten Frage auseinander, was es in einer Diktatur bedeutet, unter falschem Namen untertauchen zu müssen.

die Türkei, obwohl deren höchst hoheitliche Wasserzeichen im Pass eines Schülers handgemalt sind, der kurzerhand ein buntes Kinderfoto von sich dazugeklebt hat.

Anhand welcher Kriterien es strafbar ist, im richtigen Leben Dokumente zu fälschen, erklärt Rainer Stoye geduldig in Gruppen, die kontrolliert werden. Und er berichtet ihnen, wie er als Polizeibeamter in Ermittlungsverfahren vorging, die mit der NS-Vergangenheit zu tun hatten.

Die Idee, den Brückenschlag von der Kunst des Fakens und Fälschens in den Unterrichtsgesprächen auch ins Historische zu wagen, verbanden die RAG Münsterland, Ruppe Koselleck, Lukas Schötz und andere Aktive aus dem Kollegium des Ratsgymnasiums mit dem Besuch in der Villa ten Hompel: Außerschulisches Lernen sei

gerade bei diesen Kapiteln der NS- und Nachkriegszeit ausgesprochen wichtig, so Koselleck: „Wir setzen hier einen künstlerischen Akzent, weil dieser Zugang ein sehr spielerischer und fantastischer ist, der es erlaubt, sich selbst, seinen eigenen Staat und seine Person mit all ihren Rechten und Privilegien zu erfinden. Der ernste historische Hintergrund des Überlebens durch falsche Papiere wird erst mit dem Betreten des Erinnerungsortes in seiner ganzen Tragweite bewusst und erlaubt einen anderen Zugriff auf Gegenwart und Zeitgeschichte.“

Die Dramatik, eigene Namen ab- oder sich Zwangsamen wie Israel oder Sara zulegen zu müssen, erlebten gerade in der NS-Diktatur jüdische Deutsche als qualvolle Entrechtung. Umso empörender, dass sich Nationalsozialisten nach Kriegsende ihrer Verantwortung für die Verbrechen der Shoah

Foto: Stefan Querl



Bild links: Foto und Fingerabdruck für die „Fälschungen“ – Künstler Ruppe Koselleck ist enorm zufrieden mit den Werken seiner Schülerinnen und Schüler. Bild rechts: „Achtung, Kontrolle“, aber freilich gespielt: Rainer Stoye von der Polizei Münster prüfte die Pässe spaßeshalber. Später berichtete er, was es im Rückblick auf die NS-Vergangenheit bedeutet, die Identitäten von Opfern oder Tätern klären zu müssen, denn als Polizeibeamter war er an der Aufklärung von NS-Verbrechen beteiligt.

zu entziehen versuchten. Das Perfide: NS-Täter tauchten nach 1945 unter, indem sie sich ebenfalls eine neue Identität zulegten oder untereinander halfen zu verschwinden.

Er nennt als Beispiel Adolf Eichmann, der in Argentinien untertauchte. Israel machte den Kriegsverbrecher dennoch ausfindig und ließ ihn in den Nahen Osten entführen, wo man ihm in Jerusalem rechtsstaatlich den Prozess machte und ihn 1961 zum Tode verurteilte. Diese Entscheidung beschäftigt bis heute weltweit viele Interessierte und lässt sie über Adolf Eichmann und die „Banalität des Bösen“, wie es die Prozessbeobachterin und Philosophin Hannah Arendt nannte, juristische detailreich debattieren.

Auch die 8c wird sich weiter mit spannenden Fragen von Zeitgeschichte und Zivilcourage auseinandersetzen. So bietet das Ratsgymnasium im 9. Jahrgang mit der Akademie Franz Hitze Haus und der Villa ten Hompel unter anderem KZ-Gedenkstätten-Exkursionen nach Bergen-Belsen an. ■



Auch seinen eigenen echten Ausweis holte der Hauptkommissar für die Gäste am Geschichtsort Villa ten Hompel aus der Geldbörse.

Stefan Querl ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland und Leiter des Geschichtsortes Villa ten Hompel. Lukas Schötz als Mitglied der RAG hat inzwischen sein Lehramtsreferendariat am Ratsgymnasium erfolgreich abgeschlossen.

BUCHTIPP:

Bernd Faulenbach

ZUR FREIHEITS- UND DEMOKRATIEGESCHICHTE. Vier Vorträge mit einer Einführung

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
in Kooperation mit der Volkshochschule Duisburg, Berlin 2024
ISBN: 978-3-9825211-3-8 • Broschur, 88 Seiten

Bernd Faulenbach geht in seinen Texten nicht nur auf Streitigkeiten zur historischen Faktizität ein; es geht auch um Fragen der Sozialpsychologie und der Orientierung der Kontrahenten. Diese Publikation gibt einen Kompass für die weitere Entwicklung der Debatte in den nächsten Jahren.

Bei Interesse ist die Publikation kostenfrei erhältlich in unserer Geschäftsstelle (info@gegen-vergessen.de) oder als Download unter <https://www.gegen-vergessen.de/verein/medien/publikationen/>



RAG Südhessen

Sonja Keil

Die Welt der Fahrenden gestern und heute – eine wenig bekannte Lebensweise

Im Dezember 2023 wurde in Darmstadt eine Ausstellung eröffnet, die als Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ die Stärkung der demokratischen Kultur unterstützt.



Foto: Privat

Familie F. auf der Reise in den 1930er Jahren.

Die Ausstellung gibt Einblicke in eine Lebenswelt, die viele nur vom Hörensagen kennen, eine Lebenswirklichkeit mit einer eigenen Geschichte und eigenen Traditionen hinsichtlich Bildung, Familie, Geschlechterrollen oder staatlichen Institutionen. Sie thematisiert ebenso ihre Diskriminierung, denn auch heute noch wird den „Fahrenden“, die während des Nationalsozialismus zu den verfolgten Gruppen gehörten, ein fester Platz in unserer Gesellschaft verwehrt. (siehe Zeitschrift 104/2020 und 113/2022)

Gezeigt werden Ergebnisse eines Seminars, bei dem sich Studierende der Evangelischen Hochschule Darmstadt mit der „Erforschung eigensinniger Lebenswelten“ beschäftigten. Bis heute wünschen sich die Angehörigen ein Verständnis für ihre Lebenswelt, die sehr unterschiedlich aussehen kann.

Fahrende – Gestern und heute

In Deutschland wie in ganz Europa leben Personen, deren Vorfahren auf der Reise beruf-

liche Tätigkeiten ausübten, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Bei der Kundschaft waren die Fahrenden – ob HändlerInnen, SchaustellerInnen oder ArtistInnen – meist gern gesehen, weil sie nicht nur nützliche Dinge mitbrachten und Dienstleistungen anboten, sondern auch für Abwechslung im Alltag sorgten. Insbesondere für die Landbevölkerung stellten sie eine wichtige Versorgungsinstitution und Nachrichtenquelle dar. Mit der Ausstellung rückt die Geschichte der Fahrenden und ehemals Fahrenden sowie deren Lebensweise in das öffentliche Bewusstsein.

Die Familie steht für Fahrende an erster Stelle und ist eng mit dem Beruf verbunden. Oft werden für die Gesellschaft wichtige Tätigkeiten, wie Unterhaltung oder Handel, übernommen, die mit hohen Risiken für Gesundheit oder Existenz einhergehen können. Es besteht ein starkes Zusammen-

Die 12 Roll-Ups der Ausstellung.



Foto: Arbeiterwohlfahrt Darmstadt



Jahrgangsübergreifender Unterricht bei der Puppenspielerfamilie Frank, 2023.

gehörigkeitsgefühl; man hilft sich gegenseitig und weiß übereinander Bescheid. Deutlich wurde während der Forschungen, dass aufgrund der über Generationen hinweg gesammelten Erfahrungen Fahrende und ehemals Fahrende gegenüber dem Staat sowie Außenstehenden teilweise sehr vorsichtig sind. Ausgrenzung und Abgrenzung bedingen hier einander.

Geschichte und Erinnerung

In der historischen Betrachtung wird Folgendes deutlich: Das Leid der Verfolgten im Nationalsozialismus war mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht vorbei. Zwei von zwölf Roll-Ups der Ausstellung widmen sich diesen Zusammenhängen. Für die verantwortlichen Personen und Organisationen dieser Ausstellung ist es essenziell, dass jedes einzelne erlittene Unrecht und jedes einzelne Leben gleichermaßen erinnert wird.

Gleichzeitig zeigen sich die Vielfalt in dieser Lebenswelt und große Unterschiede. Alle Beteiligten haben sich dieser Diversität und den immer noch damit verbundenen Vorurteilen gestellt: So kann eine gelingende Erinnerungskultur zu unserer Demokratie beitragen.

Die Darmstädter Schaustellerfamilie Hausmann

Die Darmstädter Schaustellerfamilie Hausmann unterstützte das Projekt von Beginn an. Ihre Geschichte begann Ende des 19. Jahrhunderts mit Gertrude Hausmann, die als reisende Markthändlerin tätig war. Heute ist die Familie bereits in der fünften Generation mit Fahrgeschäften, Zeltgaststätten, Imbiss und Ausschank auf den meisten Volksfesten in Südhessen vertreten und erhielt zahlreiche Ehrungen, wie 2000 auf dem Erbacher Wiesenmarkt zum Jubiläum „100 Jahre Hausmann“. Seit der Gründung 1905

gehört die Familie regelmäßig dem Vorstand des Darmstädter Schaustellerverbandes e. V. an und vertritt ihren Berufsstand zeitweise auch im Bundesverband. Das Beispiel der Hausmann-Familie veranschaulicht, dass die meisten SchaustellerInnen längst sesshaft sind und jeweils von ihren Standorten aus zu den Einsatzorten anreisen.

Für die Studierenden wie für einen Teil der BesucherInnen war es neu, etwas über die **„Schule für Kinder beruflich Reisender“** in Hessen zu erfahren.

Die nomadische Lebensweise von Zirkus- und Schaustellerkindern steht im strukturellen Widerspruch zur stationären Bildungseinrichtung Schule. In der Regel wechseln reisende SchülerInnen bis zu 25 Mal im Jahr die Schule, wodurch eine kontinuierliche Bildung schwer umsetzbar ist.

Als Antwort auf dieses Problem hat das Land Hessen daher im Jahr 2011 die Schule für Kinder beruflich Reisender ins Leben gerufen. Seitdem fahren zehn Lernmobile in der Trägerschaft der EVIM (Evangelischer Verein für Innere Mission) Bildung gGmbH quer durch Hessen und bieten Unterricht auf Zirkus- und Festplätzen an. Das Konzept des aufsuchenden Unterrichts, wie es neben Hessen auch in NRW praktiziert wird, stellt das einzige schulische Angebot dar, das den speziellen Bedürfnissen reisender SchülerInnen gerecht wird. Durch den aufsuchenden Unterricht im Lernmobil erhalten diese adäquaten Unterricht, der methodisch und didaktisch auf ihre Bedürfnis-

se abgestimmt ist. Darüber hinaus können sie Klassenarbeiten schreiben, die ihren tatsächlichen Lernfortschritt dokumentieren. Der Erfolg des Konzepts zeigt sich in der steigenden Zahl von Zirkusangehörigen mit Schulabschluss. Ein Schulabschluss eröffnet den Zirkuskindern nicht zuletzt mehr Möglichkeiten zur Gestaltung ihrer Zukunft.

Mit der Ausstellung möchten wir auf eine spannende Vielfalt in unserer Gesellschaft aufmerksam machen und Interessierte dafür sensibilisieren. Uns freut es besonders, dass das Goethe-Gymnasium in Bensheim, das Brüder-Schöfeld-Forum e.V. in Maintal und andere Interessierte bereits überlegen, die Wanderausstellung zu zeigen. ■

Über die Veranstalter

Die Ausstellung ist eine Kooperation der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Darmstadt-Stadt e.V. mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., der EH Darmstadt sowie der Diakonie Frankfurt und Offenbach des Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt und Offenbach. Alle Veranstalter waren, neben einem Grußwort des Oberbürgermeisters der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Hanno Benz, bei der Eröffnung mit Beiträgen vertreten. Gefördert wird die Ausstellung durch die Partnerschaft für Demokratie in Darmstadt als Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Die Schau ist als Wanderausstellung konzipiert und kann ausgeliehen werden. Kontakt: ausstellung@awo-darmstadt.de

Seminarmitglieder bei der Ausstellungseröffnung: Susanne Maria Kron, Juliana Wiebe, Janine Hohn, Dr. Sonja Keil, Marilena Meyer, Maren Hana, Alice Wiebe Jacqueline Wild (v.l.)



Foto: Familie Hohn

Dr. Sonja Keil ist bei der Diakonie Frankfurt und Offenbach tätig, erfahrene Sozialpraktikerin, Lehrbeauftragte und Coach. Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppen Südhessen und Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Hannover

Albrecht Pohle

Erstmals neuer Jugenddemokratiepreis verliehen

Einer der ältesten Mitstreiter von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist Karl-Heinz Siemer. Der Handwerksmeister aus Hannover war schon bei der Vereinsgründung in Bonn 1993 dabei. Nach dem Verkauf seines Betriebes stiftete er vor etlichen Jahren einen Jugendpreis für Demokratie, mit dem er Jugendliche auszeichnen will, die sich in besonderer Weise mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzen und sich zugleich für den Schutz und die Stärkung der Demokratie einsetzen. Er will damit seinen Beitrag gegen das Erstarken des Rechtsextremismus leisten. Stadt und Region Hannover haben lange gebraucht, um diesen Preis auszuschreiben. 2023 ist es endlich gelungen: Eine Schülergruppe der Heisterbergschule in Hannover-Ahlem wurde für die Entwicklung eines Comics zur Geschichte der KZ-Gedenkstätte Ahlem im Rathaus geehrt. Dieser Comic ist so erfolgreich, dass er inzwischen ins Englische, Französische und Arabische übersetzt wurde.

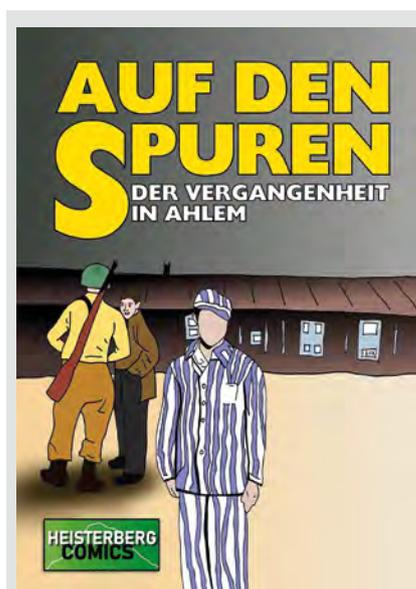
Im schriftlichen Grußwort von Altbundespräsident Joachim Gauck heißt es: „Den Teilnehmern der Heisterberg-Oberschule ist es mit einem Comic über das KZ Ahlem gelungen, eine sprachliche und grafische Brücke der Erinnerungsarbeit zu jungen Menschen zu bauen. [...] Wenn ich Sie, die Sie heute zur Preisverleihung versammelt sind, aus der Ferne grüße, dann tue ich dies mit großer Zuversicht. Denn Ihr Engagement zeigt: Wir werden gegenüber allen Feinden der Demokratie erfolgreich sein, wenn wir Verantwortung für uns und unsere Welt übernehmen. Und so wollen wir mutig und entschlossen unsere Zukunft gestalten und für die Freiheit der Menschen und eine wehrhafte Demokratie eintreten.“



Schülergruppe bei der Preisverleihung im Rathaus.

Jens Binner, Sprecher der RAG Hannover, betonte in seiner Laudatio, dass die Gedenkarbeit ständig neue Formen der Vermittlung brauche. Hier sei es den Schülern gelungen, Jugendliche in ihrer Sprache zu erreichen. Dotiert ist der Siemer-Preis mit 3.000 Euro. Mit dem Preisgeld konnte die Schülergruppe in den Herbstferien eine Reise nach Berlin finanzieren, wo sie außerdem von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eingeladen war.

Karl-Heinz Siemer erklärte, er werde den Preis nun regelmäßig ausschreiben. Die zuständigen Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Ahlem und des ZeitZentrums Zivilcourage der Stadt Hannover müssen sich noch darüber abstimmen, ob dies jährlich oder alle zwei Jahre geschehen soll. ■



Kontakt Heisterbergschule Oberschule:
<https://www.heisterbergschule.de/comic>

Foto: Nima Moraghebi

Jella Riffel

Der Film in deinem Kopf

Ist es möglich, einen Film über Auschwitz zu machen, der nur aus der Täterperspektive erzählt wird? Ist es möglich, das Leid der Opfer nicht explizit zu zeigen? Ich habe dies lange nicht für möglich gehalten, aber meiner Meinung nach ist der Film „The Zone of Interest“ ein Beispiel dafür, dass genau das geht. Es ist ein Film, der aus der Perspektive des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß und seiner Familie erzählt wird und fast nur das Alltagsleben der Familie in ihrem Haus in unmittelbarer Nähe des Vernichtungslagers zeigt.

Als ich den Film sah, hatte ich das Gefühl, nicht einen, sondern zwei Filme zu sehen. Der erste Film findet auf der Leinwand statt, der zweite Film aber in deinem Kopf. Die Geräusche im Hintergrund erzählen eine andere Geschichte als das, was auf der Leinwand zu sehen ist. In deinem Kopf vervollständigt sich der Film, setzt Ton und Bilder zusammen. Der Film zeigt die Kälte und Ignoranz, mit der die Familie auf die Menschen blickt oder eben genau nicht blickt, die im Vernichtungslager Auschwitz unter furchtbaren Bedingungen leben und umgebracht werden. Der Sound des Films zeigt, was du in dem Film nicht sehen kannst: die Grausamkeit von Auschwitz.

Trotz der vielen Naturaufnahmen und der Idylle des Hauses und des Gartens wirkte der Film sehr bedrückend auf mich. Für mich war es unmöglich, eine emotionale Beziehung zu den Charakteren aufzubauen, sie zu fühlen oder mich mit ihnen zu identifizieren. Diese Erfahrung habe ich bisher in keinem anderen Film gemacht. Ich finde es aber sehr wichtig, dass man sich nicht mit den Figuren identifizieren kann, denn es sind Täterinnen und Täter. Und genau das wurde dadurch noch viel deutlicher. „The Zone of Interest“ hat in mir den festen Willen geweckt, mehr über Ausch-

witz zu erfahren. Der Film gibt nicht viele Informationen über das Leiden der Häftlinge, doch es ist trotzdem präsent, wenn auch nicht sichtbar.

Für mich war dieser Film ein ganz besonderes Erlebnis, weil er so anders ist als viele Filme, die ich bisher gesehen habe, und auf mich wirkte wie ein Kunstwerk. Der Sound des Films ist sehr besonders und nicht harmonisch, weshalb er für geräuschempfindliche Menschen vielleicht schwer zu ertragen ist. Der Film regt zum Nachdenken an und das, finde ich, ist auch sehr wichtig. ■

Jella Riffel ist 16 Jahre alt und besucht die 11. Klasse einer Berliner Oberschule.

Der Film wird es den Deutschen nicht leicht machen, denn sie müssen sich damit konfrontieren, wie viele Menschen als Teil der Ideologie funktioniert haben und ihre Taten und die Erinnerungen daran danach abgeschüttelt haben wie ein Hund das Wasser im Fell.

Christoph Heubner, Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK) und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

„The Zone of Interest“, dieser Filmtitel lässt sich am ehesten mit „Das Interessengebiet“ übersetzen. Diesen euphemistischen Begriff benutzte die SS für die hermetisch abgeriegelte Sperrzone um den größten Konzentrations- und Vernichtungslagerkomplex des NS-Staates: Auschwitz.

In dieser Sperrzone lebt Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß mit seinen fünf Kindern und seiner Ehefrau Hedwig. Im Film „The Zone of Interest“ sieht man, wie das Ehepaar seinen Lebenstraum mit großem Garten, Swimmingpool und Gewächshäusern in direkter Nähe zum Vernichtungslager verwirklicht hat, auf Kosten all derer, die jeden Tag dort ausgeraubt, gequält und ermordet werden.



Kinderreiches Familienidyll im Schatten des Vernichtungslagers: Szene aus „The Zone of Interest“.

Foto: Leonine Studios

» „The Zone of Interest“ ist seit dem 29. Februar 2024 in deutschen Kinos zu sehen, **Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist Kooperationspartner**. Der britische Regisseur Jonathan Glazer ließ sich für den Film vom gleichnamigen Buch des verstorbenen Autors Martin Amis inspirieren. Rudolf Höß wird von Christian Friedel gespielt, Sandra Hüller brilliert in der Rolle von Hedwig Höß.

Der Film wurde in Polen an Originalschauplätzen am ehemaligen deutschen Vernichtungslager Auschwitz gedreht, allerdings nicht in der ehemaligen Kommandantenvilla, die heute in Privatbesitz ist, sondern in einem Haus direkt an der Mauer zum ehemaligen Lager. Die britisch-amerikanisch-polnische Koproduktion „The Zone of Interest“ wurde **2024 für fünf Oscars nominiert**, unter anderem in den Kategorien „bester Film“, „beste Regie“ und „bester Ton“.

Bei den **Filmfestspielen in Cannes 2023** erhielt der Film den **Großen Preis der Jury**.

Vision Kino hat Unterrichtsmaterial zum Film erarbeitet, das zum Download bereitsteht:

<https://www.visionkino.de/unterrichtsmaterial/filmhefte/filmheft-the-zone-of-interest/>

Auch die **Bundeszentrale für politische Bildung** hat Informations- und Unterrichtsmaterial zum Film zusammengestellt:

<https://www.kinofenster.de/themen-dossiers/alle-themen-dossiers/dossier-ns-taeter-im-spielfilm/dossier-ns-taeter-im-spielfilm-the-zone-of-interest-film/>

Zeichen frühen Gedenkens

Mahnmal Recklinghausen • Marterl Wittelsbach

In der Ausgabe 116 dieser Zeitschrift haben wir die Leserinnen und Leser darum gebeten, nach frühen Zeichen des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus auf lokaler Ebene Ausschau zu halten und uns von ihren Funden zu berichten. Die Idee dazu stammt vom Mitglied Ekkehard Knobloch aus Gauting.

Erste Berichte haben uns inzwischen schon erreicht, so zum Beispiel die Mail von Klaus Bäumler, Vorstandsmitglied im Verein der Freunde und Förderer des NS-Dokumentationszentrums München e. V. Klaus Bäumler schreibt: „In meinem Beitrag ‚Garten-Geschichte(n) Maxvorstadt. Biographisch – literarisch – topographisch‘ stelle ich eine Gedenktafel aus dem Jahr 1946 vor, die im Park des Wittelsbacher Palais, der ehemaligen Münchner Gestapo-Zentrale, angebracht war. Diese Tafel in der Gestalt eines Marterls erinnert an das Schicksal von sieben sog. Ostarbeitern, die im Februar 1945 erhängt wurden.“

Das Materl im Park des Wittelsbacher Palais, 1946.



Einweihung des Mahnmals auf dem jüdischen Friedhof in Recklinghausen im Jahr 1948.

Foto: Jüdisches Museum Westfalen



Foto: Haus der Bayerischen Geschichte Bildarchiv

Außerdem hat uns Norbert Reichling geschrieben, der erste Vorsitzende vom Trägerverein des Jüdischen Museums Westfalen. Er berichtet: „Ihren Hinweis auf das frühe Mahnmal in Gauting habe ich mit Interesse gelesen. Wir haben im benachbarten Recklinghausen, auf dem jüdischen Friedhof und von der jüdischen Gemeinde errichtet, ein ähnliches Gedenkzeichen aus dem Jahre 1948. Es nennt auf der Rückseite die Namen der damals bekannten 215 Opfer der Shoah und wurde letztes Jahr restauriert.“

Kennen Sie auch frühe Zeichen des Gedenkens, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis 1949 errichtet wurden?

Dann schreiben Sie uns eine Nachricht an redaktion@gegen-vergessen.de. Wir sammeln die Informationen noch über das ganze Jahr und kümmern uns dann um eine Veröffentlichung.

„Mehr Fürsprecher:innen für die Demokratie“

Markus Bultmann hat zu Weihnachten Vereinsmitgliedschaften verschenkt

Seit 2011 ist der Freiburger Lehrer Markus Bultmann Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Zum Weihnachtsfest 2023 nutzte er unser neues Angebot der Geschenkmitgliedschaft. Er verschenkte sieben Mitgliedschaften für ein Jahr in unserem Verein. Zwei Monate später sprach Ruth Wunnicke mit ihm darüber, wie die Geschenke ankamen.

An wen haben Sie die Mitgliedschaften verschenkt?

An liebe Menschen, deren Postkasten Platz für einen stattlichen Großbrief hat und deren Herz groß genug ist, um zivilgesellschaftliche Impulse, wie sie von unserem Verein ausgehen, aufzunehmen, zu teilen und weiterzutragen. Bedacht habe ich darum Familie und Freunde, von Nord nach Süd, von Ost nach West, in Alter und Beruf bunt gemischt.

Und wie ist Ihr Geschenk bei den Beschenkten angekommen? Haben Sie Rückmeldungen erhalten?

Eine Protestbewegung der Beschenkten hat sich nicht formiert; da kann ich Entwarnung geben. Niemand hat sich auf das Prinzip der wehrhaften Demokratie berufen und die Annahme des Geschenks verweigert. Im Gegenteil!

Von der Beantragung der Geschenkmitgliedschaften bis zum Verschenken, wie einfach oder kompliziert war das für Sie?

Gar nicht kompliziert. Das ging bequem online. Die Geschäftsstelle hat sich daraufhin umgehend bei mir gemeldet und alle Willkommensunterlagen haben mich rechtzeitig vor Weihnachten erreicht. Prima gefallen haben mir die Geschenkkurkunde des Vereins und das begleitende Anschreiben: einladend in der Gestaltung, wertschätzend im Ton, den Beschenkten verbunden, verbindlich in der Sache. Das Willkommenspaket habe ich adressatengerecht noch etwas angepasst. Hilfreich wäre ein vorausgefüllter Antrag auf Mitgliedschaft in Papierform als Anlage oder ein beiliegender Link, gerne auch als QR-Code, unter dem die Beschenkten ihre Zustimmung zur Mitgliedschaft unverzüglich erteilen können. Nicht, dass sie's am Ende so machen wie die Spitzenbeamten im spanischen Imperium der Frühneuzeit: „Ich beachte, aber ich vollziehe nicht.“



Markus Bultmann

Was hat Sie bewogen, eine Mitgliedschaft bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zu verschenken?

Gerne wollte ich anderen von den beeindruckenden Angeboten erzählen, mit denen unser Verein eine demokratische Zivilgesellschaft in ihrer Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Verächtern von Mensch und Recht, den heutigen Verneinern von Pluralität und Komplexität stärkt. Sie sind der Kenntnisnahme und (finanziellen) Unterstützung wert, zumal die öffentliche Förderung gerade massiv zurückgefahren wird. Bei den derzeitigen globalen Lieferengpässen für das Betriebssystem der liberalen Demokratie und Bürgergesellschaft, der Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit darf die Lieferkette einer demokratischen Zivilgesellschaft nicht abreißen. Die Geschichte gewährt uns nämlich keinen Rabatt auf Tempo und Dynamik von Wandlungsprozessen.

Einen Verein zu unterstützen, der sich aus dem Gedanken der Erinnerung an Erfahrungen von Freiheit und Unfreiheit in der deutschen Geschichte herleitet, ist mir ein Anliegen. Menschen, die sich gemeinsam erinnern, erinnern sich nämlich nicht nur an die jeweiligen Erfahrungen, sondern

begründen im gemeinsamen Erinnern ihre Vorstellungen davon, wie sie miteinander in ihrer Gesellschaft zusammenleben wollen, welche Werte ihnen dabei wichtig sind. Gemeinsame Erinnerungen und gemeinsame Werte gehen dabei Hand in Hand. Werte sind ohne Erfahrungen und ihre Deutungen nicht denkbar.

Diese Geschenkmitgliedschaft ist darum eine wunderbare Idee, um noch mehr Menschen als tätige Fürsprecher:innen einer demokratischen Orientierung durch Geschichte zu werben.

Danke, lieber Herr Bultmann für Ihre Eindrücke und Anregungen, die wir sehr gerne aufnehmen. ■

Das Interview führte
Ruth Wunnicke.

Weitere Informationen zur Geschenkmitgliedschaft gibt es im Mittelteil dieser Zeitschrift oder auf unserer Internetseite unter <https://www.gegen-vergessen.de/unterstuetzung/spenden/mitgliedschaft-verschenken/>

Sie können uns auch gern direkt unter 030 263978-0 anrufen oder eine E-Mail an info@gegen-vergessen.de mit Betreff „Geschenkmitgliedschaft“ schreiben.



Mitgliedschaft verschenken

Spendensammlung in Altena geht an Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Die E-Mail, die Miriam Rönnecke aus Altena im Sauerland am 6. Februar 2024 an die Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie schreibt, beginnt mit diesem Satz: „Ich habe vorgestern als Organisatorin einer Demo gegen Faschismus und für die Demokratie in Altena Spendengelder in der Höhe von 1.000 Euro sammeln können. Diese würde ich gerne Ihrem Verein zukommen lassen.“

Gemeinsam mit Katharine Trimpop hat Rönnecke die Demo im rund 16.000 Einwohner zählenden Altena organisiert – als Privatpersonen, ohne Struktur im Hintergrund. Das Ergebnis: 500 Menschen kamen, mehr als 40 Vereine, Verbände, Organisationen und Unternehmen unterstützten das Vorhaben. Um Druckkosten, den Einsatz des Deutschen Roten Kreuzes und die Ausstattung der Ordner zu bezahlen, wurde ein Sparschwein aufgestellt. Am Ende steckten darin 1.337,27 Euro. Nach Abzug der Kosten blieben 924,83 Euro übrig, die von den Organisatorinnen auf 1.000 Euro aufgestockt wurden und am 14. Februar an den Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Östliches Ruhrgebiet Stefan Mühlhofer übergeben wurden. So bleibt die Spende in der Region.

Auf die Frage, wie Miriam Rönnecke bei ihrer Suche nach einem Spendenempfänger ausgerechnet auf Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gekommen ist, erzählt sie, sie habe bei Google drei Suchbegriffe eingeben: Demokratie, Verein, überparteilich.



Foto: Privat

Dr. Stefan Mühlhofer, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Östliches Ruhrgebiet, mit Katharine Trimpop und Miriam Rönnecke bei der Spendenübergabe (v.l.).

Wir sagen allen Spenderinnen und Spendern in Altena von ganzem Herzen: DANKE!

Durch unsere Spendenaktion 2023 für die teilweise Weiterführung unseres Programms „Demokratie ist wichtig. Punkt!“ haben wir 32.885,11 Euro eingenommen.

Ein großes Dankeschön allen Spender:innen!

Ihr/Euer

Andreas Dickerboom

Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Dr. Michael Parak

Geschäftsführer
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Mitglied, zwischen 2006 und 2024 Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin, schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.



Von der Kunst, Geschichte(n) zu erzählen

48 grandiose Miniaturen und eine ostpreußische Familiensaga –
zwei Lektüreerlebnisse.

Es war 1977, da erschienen in der Bundesrepublik bei Rowohlt unter dem Titel „Versuchte Nähe“ 25 einheitlich kurze, ungewöhnlich kritische Geschichten in Sachen DDR, literarische Betrachtungen des Schriftstellers Hans Joachim Schädlich. Und wie sich blitzschnell herumsprach: eines sehr klugen, eher leisen und ziemlich furchtlosen DDR-Bürgers, hatte er sich doch getraut, sein Manuskript über die deutsch-deutsche Grenze schmuggeln und den schmalen Prosaband im Westen veröffentlichen zu lassen. Und das auch noch ohne jede Genehmigung der DDR-Behörden in Gestalt des Büros für Urheberrechte in Ost-Berlin. Klaus Höpcke, damals stellvertretender Minister für Kultur, wurde schnell überdeutlich und erklärte offiziell und öffentlich, Schädlichs Buch sei ein Teil der „psychologischen Kriegsführung gegen die DDR“.

Hohes Lob für Hans Joachim Schädlich und helle Begeisterung über diese neue Prosa dagegen im Westen. Vier Stimmen von Schriftstellern und Journalisten in Kürze als Beispiele. Günter Grass: „Seit Uwe Johnsons Buch sind nicht mehr so eindringlich, aus der Sache heraus, die Wirklichkeiten der DDR angenommen und auf literarisches Niveau umgesetzt worden.“ Jurek Becker im SPIEGEL: „Schädlichs Prosa ist schön und auf erstaunliche Weise zutreffend, ich wage, das zu sagen, ich halte mich für einen Kenner der Zustände, die sie im Auge hat.“ Marcel Reich-Ranicki in der FAZ: „Dank einer außergewöhnlichen sprachlichen Reizbarkeit und Empfänglichkeit gelingt es Schädlich, nicht nur die Rituale der Macht bloßzustellen, sondern auch den Stil der offiziellen Berichterstattung. [...] Hans Joachim Schädlich muss heute zu den besten deutschen Erzählern seiner Generation gezählt werden.“ Und Nicolas Born in der FR: „Schädlich ist einer der wichtigsten

Autoren deutscher Sprache. Die von ihm beschriebenen Machtstrukturen, die Willkür, die Entfremdung, wir kennen und erkennen das auch. Wir sollten dieses Buch genau lesen.“

In der DDR ließ der Druck auf Hans Joachim Schädlich und seine Familie nicht nach, im Gegenteil. Man hatte nicht vergessen, dass er zu den Unterzeichnern der Petition gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns gehörte. Man wollte nicht übersehen und nicht überhören, dass er ausführliche Interviews offen in seiner eigenen Wohnung dem ZDF-Fernsehkorrespondenten Dirk Sager gab oder im Ost-Berliner ARD-Studio Karl Corino für den Hessischen Rundfunk. Hans Joachim Schädlich stellte für sich und seine Familie den Antrag auf Genehmigung der Ausreise in die Bundesrepublik. Am 10. Dezember 1977 reisten die Schädlichs aus. Jahre später, im September 1992, fand sich dazu im „Kursbuch 109“ dieser Satz des Schriftstellers: „Ich ging, weil ich gehen wollen musste.“ Ein Satz nur, doch unvergessen.

„Die Nacht der Poeten“

Und jetzt, heute? Hans Joachim Schädlichs jüngst erschienene Prosasammlung mit dem aufschreckenden oder auch nur einstimmenden Titel „Das Tier, das man Mensch nennt“ könnte eine aktuelle, eine moderne, eine nach 46 Jahren vielleicht sogar abschließende Fortsetzung von „Versuchte Nähe“ sein: 48 Prosaminiaturen, wenig DDR, deutschlandweit inzwischen und darüber hinaus; meist keine Seite lang oder nur knapp zwei, drei Seiten kurz, konsequent freigeräumt von allem, was historisch wie sprachlich überflüssig; kein Halbsatz zusätzlich, kein Name, wenn eh klar ist, wer da befiehlt und wer ausführt; kein schmückendes Beiwort, das nur ablenken könnte;

selten ein Datum, das wir kennen müssten, oder vorsichtiger: kennen sollten. Längst ist Hans Joachim Schädlich ein Meister einer nur auf das Wesentliche reduzierten Sprache ... unser Mitdenken wird gerade dann vorausgesetzt, wenn die Lektüre wie hier Kraft kostet: Seine jüngsten Geschichten aus der Geschichte treffen ins Mark.

Das beginnt bereits beim Buchtitel. Er stammt aus einem Brief des Schriftstellers und Satirikers Jonathan Swift („Gullivers Reisen“) an den Dichter und Übersetzer Alexander Pope vom 29. September 1725: „... hauptsächlich hasse und verachte ich das Tier, das man Mensch nennt, obwohl ich herzlich John, Peter, Thomas usw. liebe.“

Schon mit diesem Titel wird klar: Die Lektüre dieser Prosa-Miniaturen ist anstrengend. Sie werden das Lesen unterbrechen (müssen). Das Lesen, genauer: dieses hochkonzentrierte Lesen braucht Zeit.

Schon in der ersten Miniatur „Die Nacht der Poeten“ finden Sie sich 1952 zwischen Stalin und seinem aktivsten Helfershelfer Berija, ohne dass die Namen des „Pockennarbiggen“ oder der „schweinsäugigen Halbglatze“ fallen. Doch festgehalten werden die Vor- und Nachnamen der ersten 13 Opfer: David Bergelson, Itzik Fefer, David Hofstein, Jossif Jusefowitsch, Leib Kwitko, Solomon Losowski, Perez Markisch, Boris Schimeliowitsch, Benjamin Suskin, Leon Talmi, Emilia Teumin, Chaja Watenberg-Ostrowski und Ilja Watenberg. Und „Schweinsauge“ erläutert, als der „Pockennarbigge“ unzufrieden grummelt, es seien die „berühmtesten. Eine erste Charge. Es sind Übersetzer dabei, ein Schauspieler, ein Arzt und ein Ex-Stellvertretender Außenminister.“ Und Schriftsteller natürlich, alle Juden, Juden aus der Ukraine. »

» Ach ja, noch einen Namen hat Hans Joachim Schädlich festgehalten, den des NKWD-Offiziers Wassili Blochin, von 1924 bis zu Stalins Tod im März 1953 zuständig für unzählige Hinrichtungen, für tausende. Sein Markenzeichen: „eine lederne Metzgerschürze“. Und: „Er schoss mit einer deutschen Walther-Pistole, weil die bei ständigem Feuer nicht klemmte.“

Nur knapp über zwei Druckseiten ist „Die Nacht der Poeten“ kurz, ihre Wirkung ist heftig ... eine erste Lesepause?

1932 sitzt im Hause des jüdischen Arztes Dr. Haustein wie seit Jahren üblich die kleine Abendgesellschaft mit Martha Feuchtwanger, ihrem Mann, dem Schriftsteller Lion Feuchtwanger, dem Maler Christian Schad und den Hausteins natürlich. Sie reden, es geht wie immer munter zu. Da erklärt Christian Schad plötzlich, er sei beunruhigt. „Leben wir nicht in trügerischer Sicherheit? Wo man hinsieht, reißen die Antisemiten ihr Maul auf.“ Hauschild wiegelt ab, er vertraue der Justiz. Lion Feuchtwanger ist sich da nicht sicher, die Justiz sei doch seit Jahren schon „überwiegend rechtsorientiert“. Martha wiegelt ab, längst nicht neu sei das in Deutschland. Lion sagt, man wolle sich demnächst ein Haus kaufen, hier in Berlin. Martha erregt: „Am liebsten im Grunewald.“

Drei Jahre später, im Sommer 1935, in der Villa Salmer, im französischen Exil, in Sanary-sur-Mer: Das Ehepaar Feuchtwanger hat auf Umwegen einen Brief von Christian Schad bekommen, kein Absender, keine Anschrift, nichts. Martha sagt: „ziemlich konspirativ“. Er male kaum noch, schreibt Christian, er leite jetzt eine Brauerei. Dr. Haustein habe seine Kassenzulassung verloren und seine Praxis schließen müssen. Er sei verhaftet und misshandelt worden, eine Woche Einzelhaft in Spandau, dann Entlassung. Am 12. November 1933 habe er sich vergiftet. Martha sagt: „Leichtsinnig, den Namen zu schreiben. Überhaupt nicht konspirativ.“

Knapp vier Druckseiten ist die Erzählung „Dr. med. Hans Haustein“ kurz... aktuell heute, erschreckend aktuell?

Sie lesen einen Teil der Geständnisse des Massenmörders Fritz Haarmann (geboren 1879), in Hannover Polizeispitzel zwischen 1918 und 1924. 20 Morde konnten ihm nachgewiesen werden. Die Kleidung der Getöteten verkaufte er, ihr Fleisch auch. Am 15. April 1925 wurde er vom Scharfrichter mit dem Handbeil geköpft.

Wenige Zeilen über drei Druckseiten ist diese Miniatur „Kurzfassung“ lang. Schädlich erwähnt den passenden Uraltsschläger nicht, ich habe ihn schon beim Lesen im Kopf... woher nur und wie lange schon? „Warte, warte nur ein Weilchen, dann kommt Haarmann auch zu dir, mit dem kleinen Hackebeilchen ...“

Nach Plutarch und mit Landrat H.

Entschuldigung, aber jetzt bin ich schnell für auf den ersten Blick etwas leichtere Kost. Was halten Sie von diesen fast hochmodernen sechs Druckzeilen (nach Plutarch) unter dem Titel „Antwort“, hier ungekürzt und unkommentiert, also einfach mal so?

„Philipp II., König von Makedonien, drohte Sparta, der Hauptstadt Lakoniens: ‚Wenn ich euch besiegt habe, brennen eure Häuser, und eure Frauen werden Witwen.‘ Die Antwort der Spartaner: ‚Wenn‘.“

Ein letztes, ein Nachkriegsbeispiel, die Geschichte des Juristen Dr. H., seit 1928 Landrat in Oldenburg (Holstein). Dr. H. war Sozialdemokrat. Von den Nationalsozialisten wurde er gleich 1933 seines Amtes enthoben, er arbeitete danach als Versicherungsmensch in Demmin und Danzig. Am Kriegsende landet er mit Familie auf der Insel Rügen. Wenig später sucht die sowjetische Militärregierung unbelastete deutsche Verwaltungsfachleute. Sie findet Herrn Dr. H., er wird der neue Landrat für Rügen und Hiddensee, sein Dienstsitz ist Bergen. Er wird für

alles zuständig, schnell unersetzlich. Daraus folgte: „Zum Schutz vor übereifrigen sowjetischen Patrouillen stellte ihm der Kommandant eine amtliche Bescheinigung in russischer und deutscher Sprache aus: ‚Landrat H. darf niemals erschossen werden.‘“

Sieht man von der ausführlichen Erzählung um die das eigene Renommee und die eigene Finanzlage heftig fördernde Konzert-Tour der Komponisten Karl Ditters von Dittersdorf und Willibald Gluck ab – die wirklich heile Welt finden Sie so gut wie nie unter diesen Miniaturen. Übrigens auch nicht in den vier leicht komischen Zwischentexten unter der Titelzeile „Was hat Charlie gesagt“. Diese Einsprengsel wären gut zur Erholung, wäre dieser Charlie nicht ebenfalls nur ‘ne ziemlich fiese Möpp, ohne jede Macht allerdings, und das unterscheidet ihn vom Umfeld hier, wohltuend fast. Apropos: Vage Erinnerungen an eine der erfolgreichsten Kurz-Hörspielreihen ähnlichen Titels, „Papa, Charly hat gesagt“ (600 Folgen ab 1972 mit Gert Haucke als Vater), wären rein zufällig und zu vernachlässigen.

Und nun? Nur einen Monat, also viel zu kurz, stand Hans Joachim Schädlichs „Tier, das man Mensch nennt“ auf der Bestenliste des SWR. Schade, die Kritiker hätten es besser wissen sollen. Oder um Nicolas Born nach 46 Jahren noch einmal ganz aktuell zu zitieren: „Wir sollten dieses Buch genau lesen.“

Noch immer: gegen das Verschweigen

Die Autorin Annette Hildebrandt gehört mit ihrem Jahrgang 1954 zur Nachkriegsgeneration. Sie ist in der DDR aufgewachsen, in Berlin-Ost und dort in der Bernauer Straße –

Hans Joachim Schädlich

Das Tier, das man Mensch nennt.

Rowohlt Verlag, Hamburg 2023

Gebundene Ausgabe, 160 Seiten

ISBN 978-3-498-00232-9 • 24,00 €



direkt an der Mauer also, das weiß auch heute noch jeder, fällt dieser Straßename. Bei ihr war es ein klein wenig anders, das berühmte allgemeine Schweigen der Elterngeneration über die braune Vergangenheit. „Mein Vater fütterte uns Kinder mit Geschichten und Anekdoten, wie andere die Enten füttern.“ Dies lesen wir im Nachwort und: „Mein Vater war jemand, der Schlimmes verschwie, mit Ernst haderte und mit Unernst liebäugelte. So verfuhr er auch mit seinen Geschichten. Er haderte, liebäugelte und verschwie.“ Trotzdem scheint die Tochter Annette Hildebrandt seinen (Kurz-) Geschichten gebannt zugehört und sie für sich gespeichert zu haben, denn sie sind die eine Basis ihrer ostpreußischen Familiengeschichte. Ihr Vater war Theologe und Pfarrer, also trotz aller persönlichen Schweigsamkeit ein Mann des Wortes: Seine Predigten, seine Aufzeichnungen, Tagebuchnotizen und Briefe liefern, soweit sie erhalten sind, die subjektiven wie die zeithistorischen Grundlagen der Wirklichkeit von damals. Nie zu vergessen dabei: Annette Hildebrandt hat eine Familiensaga geschrieben, keine wissenschaftliche Abhandlung. Manche Namen sind geändert, manche Details sorgsam und stimmig ergänzt, manche Lücken mussten Lücken bleiben und leise Ironie darf zwischendurch die Würze sein, die manches Versagen der Akteure wenigstens im Nachhinein erklärbarer macht.

Um 1908 beginnt die Nacherzählung der Geschichte der Familie Preuß (realiter Hildebrandt), 1945 endet sie mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Ihre wichtigsten Mitglieder: Der Großvater Karl, Volksschullehrer in Elbing mit unter anderem Religion als Unterrichtsfach, ein unbequemer,

widerspenstiger Zeitgenosse, der sich mit den höheren Dienststellen anlegt, bis man ihn dazu überredet, seine Vor- oder Frührenten zügig zu beantragen: Schulverweis und Verweis, weg aus Elbing nach Königsberg. Sein Sohn Arthur, der schon an seinem zwölften Geburtstag weiß, dass er Pfarrer werden will, als Ausweichlösung bleibt der Beruf des Kapitäns im Hinterkopf. Er studiert in Königsberg, kurz und voller Begeisterung bei Rudolf Bultmann in Marburg, kurz auch und etwas weniger engagiert bei Karl Barth in Münster. Arthur wird Landpfarrer in den Masuren, in der kleinen Gemeinde Adlig Kessel. Seine Frau Käthe wird die Stütze der Familie, bei aller Schüchternheit engagierter, offener, ja bald sehr viel emanzipierter als damals üblich. Und dann ist da noch Agathe, Arthurs ältere Schwester, eine junge Frau voller Elan und Ambitionen. Früh entschwindet die Lehrerin gen Berlin, sie hat Erfolg. Doch dann wird sie massiv gemobbt, würde man heute sagen, sie wehrt sich, sie hat keine Chance. „Sie schlug sich nicht durch, die gute Agathe, sie schlug um sich.“

Merkwürdig ist das schon: Je länger wir der Familiengeschichte folgen, umso seltener taucht Agathe auf. Am 1. Februar 1932 besucht Arthur seine Schwester in Buch bei Berlin. Viel weiß er nicht von ihr, über sie. Vom Vater hatte er nur erfahren, sie gelte als „Querulantin mit wahnhaften Anteilen“ und sei deshalb in die „Heil- und Pflegeanstalt Buch“ eingewiesen worden. Eine Stunde Besuchszeit ist ihm genehmigt. Flehentlich bittet Agathe ihren Bruder um Hilfe. Er wolle es versuchen, sagt er. „Du lügst“, ruft sie, „du lügst“, schreit sie. „Du wirst nicht wiederkommen. Du bist ein Verräter, genau wie Vater. Du bist mein Bruder nicht mehr. Verschwinde! Verschwinde!“

Neuendorfer Str. 90c, Brandenburg an der Havel

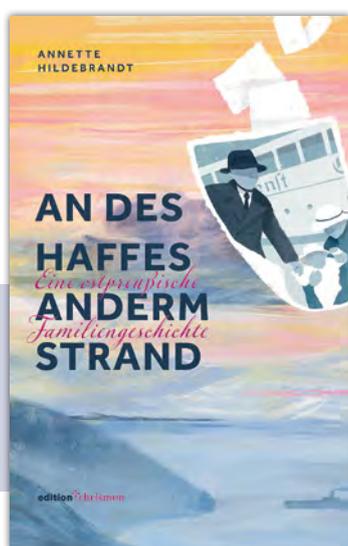
Immer wieder wird Agathe in andere Heime verlegt, in andere Anstalten. Am besten geht es ihr in den Kropfer Anstalten in

der Nähe von Flensburg. Hier scheint man rücksichtsvoller mit ihr umzugehen, sie wird nicht mehr geschlagen, mit Begleitung darf sie nach draußen an die frische Luft: fortschrittliche Freiluftbehandlung. Doch sie will nur noch nach Hause. Als ihre unzähligen Briefe nichts bewirken und niemanden überzeugen, da entschwindet Agathe nach Hamburg. Ihre Entmündigung wird nicht aufgehoben, stattdessen stellen die Behörden ein (materielles) Armutszeugnis für sie aus. Sie könne keinen Prozess in eigener Sache mehr selbst finanzieren oder deutlicher: An juristische Hilfe ist nicht mehr zu denken. Das ist schon Anfang 1930 sicher.

Zehn Jahre später lebt Agathe seit Langem in den Kückenmühler Anstalten. Der Polizeipräsident der Stadt Stettin ordnet mit Schreiben vom 24. April 1940 an, dass die Kückenmühler Anstalten innerhalb von drei Monaten geräumt werden müssen. 1.500 Insassen waren in dieser Zeit „zu entfernen, beziehungsweise zu verlegen“. Agathe ist am 14. Juni 1940 dran. Eine Pflegerin notiert mit einem roten Kopierstift ihren Namen und ihr Geburtsdatum auf Agathes Rücken. Die Pflegerin weint. Agathe sagt: „Jetzt bin ich wie Jesus. Ich will nicht sterben, aber ich muss. Sei nicht traurig, ich finde keine Schuld an dir.“

Noch am gleichen Tag wird Agathe nach Brandenburg an der Havel verlegt und in der dortigen „Tötungsanstalt“ mit Kohlenmonoxid vergast, „desinfiziert“ sagen sie dort. Die Leichen werden im hauseigenen Krematorium verbrannt. Ihre Asche wird nach einer Frist von 14 Tagen den Angehörigen zugestellt, dabei der Hinweis in der Sterberkunde: „Tod durch Lungenentzündung“.

Im Januar 1941 fordert das Amtsgericht in Berlin-Zehlendorf von Agathes Pflichtvormund Walter Wersch diverse Angaben zu Agathe an. Wersch kennt noch nicht einmal den letzten Aufenthaltsort seines Mündels, er recherchiert und erhält knapp zwei Monate später von der Landespflegeanstalt »



Annette Hildebrandt
An des Haffes anderm Strand. Einer ostpreußische Familiengeschichte.

Evangelische Verlagsanstalt (edition christmon), Leipzig 2023

Taschenbuch, 648 Seiten

ISBN 978-3-96038-360-4 • 22,00 €

» Brandenburg an der Havel Agathes Sterbekunde, in der neben Todesdatum, Todeszeit und Todesgrund zu lesen ist, sie sei in ihrer Wohnung in der Neuendorfer Straße 90c gestorben. Agathe habe eine eigene Wohnung gehabt? Nicht erst heute weiß es die Familie besser: „Es war anders. Es gab und gibt in der Brandenburger Neuendorfer Straße 90c keine Wohnungen. In der Neuendorfer Straße 90c lag die Tötungsanstalt.“

Arthurs Frau Käthe hat Agathe nie kennengelernt. Sie weiß, sie hatten Agathe in ihre Nähe holen wollen, dabei lebte sie gar nicht so weit entfernt. Käthe sagt leise, mehr zu sich: „Ich habe sie vergessen.“ Sie sagt es oft: „Ich habe sie vergessen.“ Die zugeschickte „einfache Urne aus Kunstharz“ wird auf dem Altstädtischen Friedhof beigesetzt, hier kennt sie niemand, hatten sie sich überlegt. Vater Karl ist dabei, Bruder Arthur und Käthe. In ihr gemeinsames Tagebuch schreibt das Ehepaar: „Dass Agathe gestorben war, wenigstens das. An Lungenentzündung, wenigstens das. Das sie begraben worden war, wenigstens das. [...] Und dass ihnen alles furchtbar unwirklich erschien. Zum Schluss stand bei Käthe das Wort Unrecht, dahinter ein Fragezeichen. Bei Arthur stand das Wort Unglück, ohne Fragezeichen.“

Pfarrer Arthur, die Bibel und die Zeit

Erinnern Sie sich? Der zwölfjährige Arthur wollte Pfarrer werden oder vielleicht Kapitän. Pfarrer ist er geworden. Und wenn er dann als Pfarrer auf der Kanzel steht und wortgewaltig predigt, dann kommt es ihm manchmal so vor, als sei er wirklich beides: der Theologe, der Gottes Wort verkündet und in der Bibel zu Hause ist, und der Kapitän, der seiner Gemeinde den Weg weisen kann, weiß er doch, wo es langgeht. Die Menschen seiner Gemeinde vertrauen ihm. Käthe kümmert sich bei ihren drei Kindern im Pfarrhaus um die nötige Ruhe für den Ehemann, für sein Denken und für sein Schreiben. Gelingt ihr das nicht, wird der Herr Pastor unleidlich. Direkt mit den Menschen hat er es nicht so, Käthe kümmert sich da schon.

Die Politik interessiert ihn eigentlich nur dann, wenn sie den über die Jahrhunderte gewachsenen Aufgaben der Kirche in die Quere kommen will. Dann kann Arthur äußerst deutlich werden, selbst vor der Gestapo sind die exakt passenden Bibelzitate schnell zur Hand. „Besser mit Christus

sterben, als in dieser Zeit ohne Christus leben!“ Den Satz sagt er bei der Beerdigung eines Kindes, das bei einem sowjetischen Luftangriff auf Insterburg gestorben ist. Ein Soldat, zu dieser Beerdigung extra von der Front gekommen, zeigt den Pfarrer wegen „defätistischer Propaganda“ an.

Arthur wird rechtzeitig gewarnt. Schnell entfernen sie im Pfarrhaus alle möglichen, nur denkbaren Beweismittel; selbst die Aufzeichnungen über Agathe im Tagebuch werden rausgerissen und vernichtet. Das Verfahren gegen Arthur zieht sich, es endet mit dem Urteil 15 Monate Gefängnis. Arthurs Glück: „Als Soldat durfte er die von einem zivilen Gericht verhängte Strafe nicht antreten.“ Er bleibt verschont, sein Rechtsanwalt beantragt Revision. Nur: Diesen Rechtsanwalt hat die Bekennende Kirche beauftragt, Arthur aber ist gar kein Mitglied dieser Bekennenden Kirche, sondern den Deutschen Christen beigetreten.

Soldat muss Arthur trotz einiger Musterrungen vorweg erst spät werden, ohne Waffe, darauf hat er mit Erfolg bestanden. Selbst in Königsberg hat er bleiben dürfen, Schutzengel müssen dicht dabei gewesen sein. Er ist hier unter anderem in der „Gas-Schutz-Geräte-Kammer“ eingesetzt. Pastorale Nebenarbeiten bleiben ihm gestattet. In Königsberg und um Königsberg herum Schützengräben zu buddeln, das allerdings bleibt ihm nicht erspart. Am Ende die russische Kriegsgefangenschaft auch nicht.

Ostpreußen und selbst Königsberg sind weit weg von den Zentren der politischen oder auch der kirchlichen Macht. Masuren sind Ablenkung und Erholung genug, rücken die „Kirchenverwirrungen“ – Deutsche Christen contra Bekennende Kirche – oder das Kriegsgeschehen zu schnell zu nahe. Den gelben Stern, den haben auch hier die Juden zu tragen, Judendeportationen aber müssen Käthe und Arthur nicht erleben. Brisante oder schmerzhaft Informationen aus der großen Politik erreichen das Pfarrhaus mit Verspätung. Landen sie überhaupt auf Arthurs Schreibtisch, ist es nicht ungewöhnlich, dass er sie nicht gleich zur Kenntnis nimmt. Notizen dazu im Tagebuch scheinen Seltenheitswert zu haben.

Oder anders: Man wird als Leserin, als Leser heute den Eindruck nicht los, als sei das Leben in Arthurs Pfarrhaus oft ein kleines bisschen friedlicher, sprich: unwirklicher gewesen als drum herum. In solche Passagen

mischt sich die Autorin mit ein paar damals aktuellen Daten ein, Fakten, Hintergründen, ohne dabei den Stil ihrer Familiengeschichte zu verändern. Manchmal werden leichte Zweifel an Arthurs Ansichten sorgsam formuliert eingeschoben, hier wird ab und an sanft korrigiert oder auch nur der Hinweis wiederholt: Ob dieses Thema Gegenstand in einer der streng vertraulichen, abendlichen „pfarrhäuslichen Tischgemeinschaften“ gewesen sei, das wisse man nicht genau, doch möglich, möglich sei das schon.

Erstaunlich und bewundernswert genug: Es ist Käthe, die in einer Veranstaltung aufsteht, dem Referenten laut und deutlich kritische Fragen stellt, handfeste Antworten erwartet, sich wieder setzt und sofort weiß, das war richtig, doch war es klug?

Königsberg liegt in Schutt und Asche, die Russen rücken näher. Dank des im Pfarrhaus einquartierten deutschen Offiziers, eines bekennenden Christen, gelingt Käthe und den Kindern die Flucht nach Danzig. Auf die völlig überfüllte „Wilhelm Gustloff“ kommen sie nicht mehr, doch einen Tag später auf die „Cap Arcona“, in Neustadt (Holstein) gehen sie an Land. Sie wissen, wohin sie wollen. Es geht nach Demmin, Tagesreisen sind das zu ihrer Schwester Magda und ihren Eltern. Dass die „Wilhelm Gustloff“ mit ihren mehr als 10.000 Flüchtlingen an Bord noch vor der pommerschen Küste versenkt worden ist, das erfahren sie erst später. Dass ausgerechnet im vorpommerschen Demmin mit der Besetzung durch die Russen der Krieg noch längst nicht zu Ende ist, das dürfen sie überleben; und dass Arthur seine Familie später nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft dort in der Hansestadt Demmin wiederfinden würde, das ist eine, sagen wir: sichere Hoffnung.

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle, Vorsitzender, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a. D.

Iris Gleicke, Stellvertretende Vorsitzende, Parlamentarische Staatssekretärin a. D., ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Christine Lieberknecht, Stellvertretende Vorsitzende, Ministerpräsidentin des Landes Thüringen a. D.

Cem Özdemir, MdB, Stellvertretender Vorsitzender, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

VORSTAND

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Zeithistoriker

Sena Çalışkan, Jugendbotschafterin von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Carmen Herzog, Leiterin der Programmlinie Demokratie und Gesellschaft der Heinrich-Böll-Stiftung

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Birgit Kipfer, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“

Dr. Susanne Kitschun, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen

Ernst Klein, Mitglied der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, ehemaliger Geschäftsführer eines Bauelemente-Fachbetriebes

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a. D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Omar Kuntich, Vorstandsvorsitzender Bündnis Malikitische Gemeinde Deutschland e. V.

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, 2015–2020, Historiker

Wolfgang Tiefensee, 2012–2014, Bundesminister a. D.

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003–2012, Bundespräsident a. D.

Linda Teuteberg, MdB, Stellvertretende Vorsitzende

Andreas Dickerboom / Stefan Querl, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Dr. Ulrich Mähler, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dietmar Nietan, MdB, Mitglied im Geschichtsforum der SPD

Eva Schmierer, Schatzmeisterin, Leiterin der Zentralabteilung im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Michelle Müntefering, MdB, Staatsministerin für internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt a. D.

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages

Paul Nemitz, Hauptberater in der EU-Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucherschutz

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker

Carsten Rose, Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen

Lothar Tautz, Religionspädagoge und Sozialkundeführer

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Leo Walda, Jugendbotschafter von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. h.c. Hans Koschnick (†), 2000–2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel (†), 1993–2000, Bundesminister a. D.

NOMINIERT FÜR 5 OSCARS®

Bester Film

Beste Regie

Bestes adaptiertes Drehbuch

Bester internationaler Film

Bester Ton



THE ZONE OF INTEREST

EIN FILM VON JONATHAN GLAZER MIT CHRISTIAN FRIEDEL UND SANDRA HÜLLER

AB 29. FEBRUAR IM KINO



© Two Wolves Films Limited, Extreme Emotions BIS Limited, Soft Money LLC, ZOI Film LLC and Channel Four Television Corporation 2023